

MORWÜRST

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97
Expedition Morinplatz 11753-54

Freitag, den 16. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morinplatz 11753-54

Hebt England die Zollgrenze auf?

31a, 15. September. (II.) Der „Adnischen Zeitung“ wird aus Opladen gemeldet, daß die englischen Zollbeamten beim dortigen Zollamt ihre Abberufung erhalten hätten.

Solingen, 15. September. (II.) Die im Landkreise Solingen stehende 13. englische Infanteriebrigade teilte den Verwaltungsbehörden mit, daß die von ihr mit Einquartierung belegten Orte geräumt würden. Die Räumung hat schon begonnen.

Eine halbamtliche deutsche Vertwahrung.

Berlin, 15. September. (W.D.) Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. August 1921 war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gefaßt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt und wenn die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zwecks Vermeidung von Diskriminationen bei Erstellung von Aus- und Einfuhrgenehmigungen für das besetzte Gebiet erklärt hätte.

Die deutsche Regierung hat die fällige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zur Verhütung von Diskriminationen in ihrer Note vom 26. August ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden. Die schweren wirtschaftlichen Folgen, welche das Wirtschaftsleben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschlands durch das Festhalten der von den Alliierten durch ihre Ankündigung erweckten Hoffnung erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierungen verantwortet werden.

Der bayerische Landtag einberufen.

München, 15. September. Der Landtag ist auf Mittwoch, den 21. September, nachmittags, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

München, 15. September. (II.) Nach einer von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wiedergegebenen Korrespondenzmeldung beruft die Bayerische Volkspartei für nächsten Montag ihren aus mehreren hundert Mitgliedern bestehenden Landesauschuss ein. Es darf angenommen werden, daß sich die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei vor ihrer endgültigen Stellungnahme die Fühlung mit dem Landesauschuss sichern will. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bezeichnen es als unzutreffend, daß in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei bereits neuerdings die Geneigtheit zutage trete, Herrn von Kahr zu einer nochmaligen Uebernahme des Ministerpräsidentenpostens zu begünstigen.

Kampf gegen die Mörderzentrale.

München, 15. September. (II.) Im städtischen Hauptauschuss wurde heute von der sozialdemokratischen Stadifraktion der Antrag eingebracht, vom Polizeipräsidenten Maßnahmen zu erwirken, welche die Zuwanderung und Niederlassung von Mördern und unlauteren Elementen, wie im Falle Erzberger, verhindern. Zugleich soll Ausschluß eingeholt werden, wie es möglich war, daß trotz der bekannten Tätigkeit der Münchener Fremdenpolizei die Mörder und die jetzt verhafteten Personen nach München zuziehen und sich hier aufhalten könnten.

Bayern vor dem Ueberwachungsausschuss.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Bayerischer Gesandter v. Preger warnte davor, daß der Reichspräsident, wozu er verfassungsmäßig allerdings berechtigt sei, die Aufhebung des Belagerungszustandes verlange. Des könne unübersehbare Folgen haben. Seiner Ansicht nach läte die Reichsregierung besser, zunächst die Entscheidung des Reichstages einzuholen. (Diese Warnung vor „unabsehbaren Folgen“ ist im Abendblatt irrtümlich dem Reichstagsler in den Mund gelegt worden. Red.)

Reichstagsler Dr. Wirth erklärt hierauf, daß er mit aller Klarheit gesprochen habe. Herr v. Preger meint, die Reichsregierung soll das Wort des Reichstages abwarten. Er erkläre, daß er von diesem Wortum nicht beschämt werden möchte. Es entspräche der Lage, daß die Reichsregierung in dieser Frage die Führung haben muß. Wenn das Wort des Reichstages kommt, und es muß und wird kommen, so ist vorher eine Verständigung mit Bayern erforderlich. Wir weisen darauf hin, daß ein solches Wortum, wenn es z. B. mit geringer Stimmenmehrheit angenommen werde, Gefahren in sich birge. Man wird in Bayern dann erklären, daß Bayern mit einer geringen Stimmenmehrheit vergewaltigt worden sei. Er richte die Mahnung an die bayerische Regierung, zu einer solchen Verständigung zu kommen.

Hg. Dittmann (NSP.): Preger versucht die Behörden zu verteidigen. Aber das kann ihm kaum gelingen. Schon bei dem Worte an Gores sind die nötigen Fingerzeige gegeben worden. Die Münchener Polizeibehörde hat aber keinen Gebrauch davon gemacht. Wenn Roth und Bochner daran gelegen gewesen wäre, dann hätten sie auch jetzt von sich aus die Spuren der Mörder finden können. Die Deutschnationalen haben ihre Entrüstung über das Verbot der deutschnationalen Zeitungen zum Ausdruck gebracht. Von einer Entrüstung über das monatelange Verbot der unabhängigen Presse habe man nichts bemerkt. Hergt habe heute ohne Erfolg versucht, die

Deutschnationalen als einen Klub der Harmlosen

hinzustellen. Nach diesen Ausführungen können die Herren nicht ernst genommen werden. Hergt will, daß die Richter entscheiden. Wie fürchten, daß das Ansehen der deutschen Richter durch diese Entscheidungen noch mehr geschädigt wird. Interessant war es, zu hören, daß Hergt hier ausgeführt hat, daß die bayerische Regierung in dem ganzen Verordnungsstempel nur das Sprachrohr der Deutschnationalen gewesen ist. Hergt beschwert sich über Gewalttaten. Ja, sind denn diese Sedoseniers etwas anderes als ein

Steinwurf in die Feuchte der deutschen Republik?

Man muß hier nur die Reden lesen, die dort gehalten werden. Dem Vorwurf, daß die Reichsregierung den Gegensatz zwischen Süd und Nord vertiefe, könne man nur entgegenhalten, daß gegenwärtig die Dinge doch so liegen, daß in Berlin der Süden regiert und in Bayern der Norden.

Hg. Spahn (Z.): Der Herr Gesandte v. Preger spricht immer davon, daß die Gefühle Bayerns geschont werden sollen. Das tun wir ohnehines. Im übrigen sind Formwörter nicht so tragisch, wo es sich um so tragische Dinge handelt. Auch die Ausführungen, die Preger heute gemacht hat, können keinen Eindruck auf mich machen. Die Verhandlungen dürfen nicht abgebrochen werden, sondern müssen mit Ernst fortgesetzt werden. Das allein entspricht der politischen Sachlage. Nun kommt Hergt und erklärt die Verordnung für gefährlich. Das begreife ich ganz und gar nicht. Gefährlicher erscheint der Bericht des preussischen Staatskommissars Weichmann. Er stimmt aufs höchste bedenklich.

Wenn die Dinge sich wirklich so zugezogen haben, so liegt darin die größte Gefahr für die Autorität des Reichsgerichts. Die Verordnung des Reichspräsidenten muß so schnell als möglich, d. h. sobald die Gefahr vorbei ist, beseitigt werden. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht der Staatsgerichtshof eine bessere Instanz abgibt als der Ausschuss des Reichspräsidenten. Er ersucht den bayerischen Gesandten, in diesem Sinne bei seiner Regierung zu wirken.

Hg. Bräunlinghaus (D. Sp.): Auch seine Partei steht auf dem Standpunkt, daß die Verordnung als solche verfassungsmäßig sei. Im übrigen wird die Deutsche Volkspartei in einer Interpellation dazu noch Stellung nehmen. Der Gang der Debatte hat die Befürchtung gerechtfertigt, die ich von Anfang an hegte. Sie hat in keinem Fall dazu beigetragen, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich zu schaffen. Es wäre notwendig gewesen, daß gleichzeitig mit dem Verbot des Tragens der Uniformen die Ausschreibungsbestimmungen herausgenommen wären. Der Redner legt besondere Verwahrung ein gegen die Auffassung Dittmanns, daß vaterländische Feiern eine deutsche Gefahr seien.

Reichstagsler Wirth: Ich habe hier ein Blatt mit der großen Ueberschrift: „Sedan und heute“. Auch hier handelt es sich um einen „vaterländischen Gedanktag“. Es ist eine deutschnationale Versammlung mit einem ihrer besten Redner, General Kraft v. Delmensingen. Es ist so ziemlich

das Schamloste an Hege

gegen das Deutsche Reich, was hier gesprochen worden ist. Auch die deutsche Reichsregierung hat ein Gefühl für die Ehre des Vaterlandes. Darum sollen vaterländische Gedentage das ganze Volk umspannen und nicht parteipolitisch ausgeübt werden. Will man für das neue Reich Autorität, so muß man seine Hoheitszeichen achten. Ich will auf die Flaggenfrage nicht näher eingehen. So sehr ich die Gefühle verstehe, welche einen Flaggenwechsel nicht begünstigen, so sehr muß ich darauf dringen, daß die Wüste Hege gegen die republikanische Fahne aufhört. Zur Uniformfrage habe ich mit einer ganzen Reihe von Leuten gesprochen, die die Sache direkt angeht. Es waren die Träger der Uniform in Gefahr, weil viele die Uniform mißbraucht hatten. Wenn man die Leute aufklärt, verstehen sie das. In Zukunft sollen die Uniformen getragen werden nach den Bestimmungen, die in einigen Tagen herauskommen. Dabei lege ich Wert darauf, festzustellen, daß das

Tragen der Uniform keine Parteilache

sein kann, sondern nur dort gestattet ist, wo auch die aktive Reichswehr erscheinen darf.

Der sächsische Gesandte Voetsch verwahrt sich dagegen, daß die Versammlungsfreiheit in Sachsen in jeder Beziehung unterbunden sei.

Vorstandender Meerfeld schlägt vor, die Verhandlungen abzubrechen, und bittet, ihm die Einberufung der nächsten Sitzung zu überlassen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird dem Vorschlag Meerfeld zugestimmt.

Deutsch-völkische Unverschämtheit. Der sattem bekannte Herausgeber des „Freien Wortes“ in Essen, Herr Arthur Ritschner, der kürzlich wegen erneuter verwerflicher Beleidigung des früheren Kultusministers, Genossen Haenisch, zu einer Woche Gefängnis (allerdings mit bedingter Begnadigung) verurteilt wurde, besitzt die Stirn, an der Spitze der neuesten Nummer seines Blattes das unter Anklage gestellte schwer beleidigende „Gedicht“ vollinhaltlich noch einmal abzubringen! Derselbe Ritschner hat außerdem die — Stirn, den „Vorwärts“ zu verklagen, weil er seine deutschnationale Tätigkeit gebührend gekennzeichnet hat! Man sieht, welche „erzieherische“ Wirkung so milde Strofen wie die vom Essener Landgericht verhängte auf derartige Herren haben.

Der Pogrom von Memmingen. Vor dem Memminger Volksgericht begannen die Verhandlungen wegen Landfriedensbruchs gegen den deutschnationalen Arzt Dr. Eicus und 11 Genossen. Der Eingang zum Gerichtsgebäude ist durch Gendarmerie abgesperrt, da man Unruhen befürchtet, weil der Führer der hiesigen Kommunisten, Stadtrat Jakob Wöhrling, mit auf der Anklagebank sitzt. Es handelt sich um die gegen Lebensmittelmisliebhaber gerichteten Krawalle, die die Antisemiten geschickt auf jüdische Geschäftsleute abzulenkten verstanden.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Spaltenbreite kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das leinbedruckte Wort 2.— M. (unwichtig zwei leinbedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Wohnungen, Stelle 200 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Partei und Wohlfahrtsausschüsse

Von Minna Todenhagen.

Auf keinem Gebiete ist der Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft so augenfällig, wie auf dem der Wohlfahrtspflege. Ihre Tradition liegt außerhalb der staatlichen Aufgabenkreise. Sie war lange Zeit ausschließlich das Spezialgebiet Religions- oder sonstiger Kulturgesellschaften. Die in früheren Zeiten von Staats wegen anlässlich schwerer Krisen (Hungersnöten, Epidemien) geleisteten Notstandsarbeiten können ebensowenig wie die engumgrenzte Armenpflege als Wohlfahrtspflege angesprochen werden.

Der Sozialismus als die im Staatsbegriff aufgehende Gesellschaftsideologie überweist naturgemäß dem Staat und seinen Organen die Wohlfahrtspflege als ständige Pflicht. Mit dem Auftreten der Sozialdemokratie als politischem Faktor fallen die ersten gesetzlichen Niederschläge dieser neuen Staatskultur in der sozialen Befähigung zusammen. Ihr hatten noch erhebliche, auf die Widerstände einer starken bürgerlichen Opposition zurückzuführende Mängel an. Ähnliche Widerstände machen sich heute geltend bei der gesetzlichen Erweiterung der sozialen Aufgabenbasis des Staates durch die Wohlfahrtsgesetzgebung. Die hinter der sogenannten freien Liebestätigkeit stehenden parlamentarischen Kreise, die in Reichstag und Regierung immer noch die Mehrheit haben, suchen diese und damit den Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft im Jugendwohlfahrtsgesetzentwurf gesetzlich zu verankern. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Zustand eintreten wird. In welchen Bahnen sich die Vereinsarbeit in Zukunft bewegen wird, das hängt nicht nur von der Demokratisierung der Wohlfahrts-Verwaltungsbehörden, sondern auch von der Wohlfahrtspraxis der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt ab. Sie müssen ihre Arbeit als Gesellschaftsdienst im Auftrage des Staates auffassen und durchführen, d. h. nichts anderes, als den sozialistischen Staatsgedanken tatsächlich anwenden.

Die Görtlicher Tagung wird nach dieser Richtung hin manche für die Entwicklung der gesamten Wohlfahrtspflege wichtige Frage klären müssen. Insbesondere muß Klarheit über die Form der Beteiligung an gesellschaftlichen Notstandsaktionen geschaffen werden. Auslandshilfe und Kinderhilfe haben unsere Parteigenossenchaft zum Teil mitten ins charitative Getriebe hineingestellt. Das ist ein für die Partei ungesund Zustand. Die Abgrenzung zwischen Wohlfahrtsausschüssen und Partei darf keine äußere Form, sie muß vielmehr eine enge geistige Verbindung sein. Die Wohlfahrtsausschüsse dürfen von den unbemittelten Volkstreffen nicht als Unterstützungsorganisationen angesehen werden können. Das ist geeignet, über kurz oder lang Enttäuschung und Mißtrauen in diesen Kreisen gegen uns zu erwecken und damit die Gewinnung von Mittämpfern für unsere politischen Ideale zu erschweren.

Die Wirksamkeit der Ausschüsse als ergänzende Organe der öffentlichen Wohlfahrtspflege muß grundsätzlich auch bei der Mitwirkung an privaten Wohlfahrtsunternehmungen verbindlich sein. Die Ausschüsse sollen so die Kontaktpunkte abgeben, von denen aus ein einheitlich gerichteter Strom durch die gesamte Wohlfahrtspflege geht.

Das Hauptgewicht ist aber auf die unmittelbare Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu legen. Daß wir darunter nicht ausschließlich beamtete, sondern in diesem Zusammenhang vornehmlich ehrenamtliche Tätigkeit verstehen, ist selbstverständlich. Die Arbeit der Ausschüsse muß, wie schon die Richtlinien des Hauptauschusses andeuten (§ 2, 1. Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer), im engen Zusammenhang mit den Fraktionen der Parlamente, besonders der Gemeindeparlamente, erfolgen. Das scheint nicht überall der Fall zu sein.

Die vielseitigen staatsbürgerlichen Betätigungsmöglichkeiten auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind eine gute Schule für die Heranbildung tüchtiger Staatsbürger und -bürgerinnen. Soll sie das sein im Sinne des Sozialismus, muß die einseitige geistige Einstellung der Genossen und Genossinnen auf die Stoffgebiete der Wohlfahrtspflege allein von vornherein vermieden werden. Wir will es daher wünschenswert erscheinen, daß die Ausbildungsfrage von unseren Bildungsausschüssen auf breiter Basis gelöst werden könnte. Dabei wäre jeder Lehrgang mit einem Pflichtkurs über Sozialismus für jeden Teilnehmer zu verbinden. Vielleicht läßt sich diese Verpflichtung auch mit dem heutigen Zustande der Beteiligung an fremden Schulen auf irgendeine Weise verbinden. Die Einstellung in praktische Arbeitsgebiete ohne ausreichende sozialistische Allgemeinbildung birgt die Gefahr der Abstumpfung gegenüber den kämpferischen Pflichten als Parteigenossen in sich. Die Wohlfahrtsarbeit ist nicht Parteiarbeit im polemischen oder agitatorischen Sinne. Die Lösung jedes Wohlfahrtsfunktionärs aber muß sein: Parteiarbeit um der Wohlfahrt aller willen nicht zuletzt im Interesse einer zeitgemäßen Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege. Mögen die Görtlicher Tage allen Teilnehmern in diesem Sinne ein Wegweiser werden.

Goldmilliarden der Industrie.

Aus vertraulichen Verhandlungen plaudert die „Vossische Zeitung“ folgendes aus:

Wie wir erfahren, haben gestern in der Reichskanzlei Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Dr. Borch und hervorragenden Vertretern der deutschen Industrie und der Bankwelt stattgefunden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Besprechungen dem Problem gegolten haben, wie dem Reiche für die künftigen Reparationsleistungen Gold und Devisen in ausreichendem Maße beschafft werden können, durch die die Zahlungen zu den festgesetzten Terminen sichergestellt werden. In den Besprechungen, die noch nicht völlig abgeschlossen sind, haben sich die Vertreter der Industrie und der Großbanken bereit erklärt, mit Hilfe ihres Devisenbestandes und der Inanspruchnahme ihres Auslandskredits durch Belastung von Sachwerten dem Reiche Goldwerte zu verschaffen.

Die Reichsregierung würde dadurch, da sie mehrere Milliarden in Gold auf diesem Wege zur Verfügung bekommen würde, nicht nur in der Lage sein, den nächsten Terminen der Reparationsleistungen ohne Sorge entgegen zu sehen, sondern auch dem durch die Devisenspekulation in den letzten Tagen stark gesunkenen Kurs der Mark wieder zu heben. In den fortgesetzten Verhandlungen soll die schwierige Frage der Kursfestlegung einer Lösung zugeführt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Beschaffung von mehreren Milliarden Gold durch die Industrie und die Banken auf dem Wege der Belastung ihrer Sachwerte nicht ohne Einwirkung bleiben kann auf die Gestaltung der Steuervorgaben, insbesondere hinsichtlich der Erfassung der Goldwerte. In den Steuergesetzen wird auf diese Leistungen der Industrie und der Banken Rücksicht genommen werden müssen.

Im engen Zusammenhange damit steht wohl eine Besprechung der Führer der Sozialdemokratischen Partei beim Reichspräsidenten, die heute vormittag stattgefunden hat.

Ohne sich mit der „Vossischen Zeitung“ in einen Wettlauf der Indirektionen einzulassen, wird man aussprechen dürfen: Wenn die Industrie- und Bankwelt imstande ist, mehrere Goldmilliarden zu beschaffen, so ist es Aufgabe des Reiches, die gesetzliche Form zu finden, in der diese Beschaffung erfolgt. Denn natürlich kann es sich nur darum handeln, daß die Herren der Industrie- und Bankwelt ihre gesetzlichen Pflichten als Staatsbürger erfüllen, nicht aber um irgendeine Art von freiwilliger Hilfsaktion, bei der das Reich als Empfänger von Wohlthaten erscheint, die es dann durch Bericht auf seine Steuerrechte allzu teuer bezahlen würde. Der Bericht der „Vossischen Zeitung“ kann die Öffentlichkeit nur in der Ueberzeugung bekräftigen, daß der sozialdemokratische Vorschlag der Erfassung der Goldwerte im Grundgedanken richtig ist und gesetzgeberische Verwirklichung finden muß.

Im übrigen bestehen lebhafteste Zweifel, ob es den Banken und der Industrie auch bei gutem Willen möglich sein würde, durch eine Art freiwillige Devisenaufbringung mehrere Goldmilliarden zu beschaffen. Hierfür müßten erst einmal gesetzliche Bürgschaften vorliegen, die zugleich die Frage der Deckung der Golddevisen im Inland lösen. Das ist aber mit den bisher vorgeschlagenen Steuern nicht möglich, wissen Banken und Industrie. Würden sie also ihren Plan zu Ende denken, so tämen sie von selbst zu einer reichsgerichtlichen Erfassung der Sachwerte, die unseren Forderungen entspräche. Wir halten jedenfalls an unserer Forderung weiter grundsätzlich fest.

„Vermutungen und Behauptungen“.

Berlin, 15. September. (W.B.) Unter dem Vorhitz des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die ernste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Von allen Seiten wurde der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständ-

nisses und des Entgegenkommens mit fortgeschritten. Um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Zustimmung mit weiteren produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Nachrichten, welche über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Besprechungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte, und die deswegen die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Bankwelt wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

Republikanischer Gruß aus Argentinien.

Wir erhielten gestern folgendes Telegramm aus Buenos-Aires:

Sozialdemokrat Berlin

Im Vereinshaus „Vorwärts“, Buenos-Aires, versammelte deutsche Republikaner sichern der deutschen Regierung ihre Unterstützung im Kampfe gegen monarchistische Umtriebe zu.

Diese Kundgebung ist uns ein Beweis dafür, daß es auch republikanische Auslandsdeutsche gibt, und nicht nur, wie es die Reichspropaganda uns glauben machen will, Anhänger des alten Regimes, denen besonders die neuen Reichsfarben ein Grauel sein sollen. Es ist uns allerdings bekannt, daß zahlreiche ehemalige deutsche Offiziere, die ihren Beruf nach der Heeresverringerung aufgeben mußten, es vorgezogen haben, auszuwandern. Auch wir würden ihrem Schicksal rein menschliche Sympathie nicht versagen, wenn sie es mit Würde und wahrer Vaterlandsliebe tragen würden. Aber sie ziehen jumeist vor, das Volk, dessen Noie sie nicht mittragen wollten, durch Propagierung der schamlosen Dolchstoßlüge im Auslande zu beschimpfen, sie suchen mit allen Mitteln der altschulischen Verleumdungstunft das eigene Land, seine neue Staatsform, seine neuen Hoheitszeichen verächtlich zu machen und versuchen, Hand in Hand mit ihren bisherigen Gesinnungsgenossen durch lärmende Kundgebungen den Eindruck zu erwecken, als ob das Auslandsdeutschtum sich niemals mit den neuen Zuständen in der Heimat versöhnen würde. Wir könnten eigentlich froh sein, daß wir wenigstens diese Menschen los sind, wenn sie nicht dazu beitragen würden, neuen Haß gegen Deutschland zu säen.

Zur Ehre des Auslandsdeutschtums sei aber darauf hingewiesen, daß auch andere Deutsche fern von der Heimat leben, wie es das obige Telegramm erfreulicherweise zeigt.

Die Saarländer für die Republik.

Saarbrücken, 15. September. (W.B.) In einer Volksversammlung im städtischen Saalbau sprach gestern vor etwa 5000 Zuhörern aller Bevölkerungsschichten der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung Schäfer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: Die am 14. September im Saalbau von Saarbrücken von Tausenden bewachte Volksversammlung verurteilt ausdrücklich die neuen Verträge der Reichsparteien in Deutschland, wieder zur Herrschaft zu kommen. Der Schutz der deutschen Republik ist die Voraussetzung dafür, daß Deutschland zu einem wahren sozialen Volksstaat ausgebaut werden kann. — Bezüglich des Saargebietes bejaht die Entschlieung: Die Verfassung ist der Auffassung, daß das Saargebiet einer Katastrophe entgegengeht, wenn nicht an Stelle des heutigen Dualismus in der Währung ein anderer den Abfall sicherer Zustand eintritt. Alle Verhältnisse drängen gebieterisch zur Schaffung des schon so oft geforderten Saarparlaments. Die Versammlung vermahnt sich gegen die von dem Regierungskommissar angewandte autoritäre Regierungsmethode und weist die Auffassung des Regierungskommissars zurück, als ob die Vorgänge in Deutschland die Saarbevölkerung nichts angingen.

Reichspräsident Ebert hat die drei mittelamerikanischen Republiken Honduras, Guatemala und San Salvador zu ihrem erfolgten Zusammenschluß namens der Deutschen Republik telegraphisch beglückwünscht.

Hereingefallene Ankläger.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages hatte gestern wieder einen interessanten Tag. In der Vormittags Sitzung wurden Zeugen des Leunawerkes vernommen. Vertreter der Betriebsleitung wie der Arbeiterschaft bedenkten fast übereinstimmend, die ungeheure Zunahme der Materialdiebstähle. Hörner, welche die Diebe abhalten wollten, wurden überrannt und verprügelt. Als der Betriebsrat zum Schutz der Hörner eintrat, erging es ihm nicht besser. Der Betriebsobmann Daniel führt die ungeheure Zunahme der Diebstähle zurück auf die Agitation der K.A.P.D., die unter Kempin ganz offen den „politischen“ Grundgedanken vertritt: Es sei die wichtigste Bekämpfung des Kapitalismus, (1) wenn

sich jeder nehme, was er kriegen könne.

Tatsächlich haben die K.A.P.D.-Obsteine sich auch gewei- gert, an der Bekämpfung der Diebstähle mitzuwirken. Am Schluß der Vormittags Sitzung erlitt der kommunistische Abgeordnete Kistka eine unerwartete Ueberrumpfung. Als er nämlich den Betriebsobmann Daniel, der selber Mitglied der K.A.P.D. gewesen ist, und seit dem Ausbruch der U.S.B. angehört, darüber befragte, ob nicht der Zustand nur der K.A.P.D., nicht der K.P.D. zuzuschreiben sei, antwortete der Zeuge mit sichtlich innerer Erregung: Die K.A.P.D. allein hätte niemals den Zustand und den Generalstreik im Leunawerk hervorrufen können. Der Betriebsrat, aus Mitgliedern der K.A.P.D. zusammengesetzt, habe sich bis zum Schluß dem Generalstreik entgegengesetzt und diesen als Verbrechen bezeichnet. Wenn dann freilich die

Abgesandten der kommunistischen Bezirksleitung

plötzlich erschienen und den Generalstreik verlangten, dann hänge die Stellung der Betriebsobsteine in der Luft. Die Arbeiter hätten geglaubt, daß ihre politischen Führer (der K.A.P.D.), wenn auch bei ihrer Wahl nicht sorgfältig vorgegangen war, doch das Wohl der Arbeiterschaft bei ihren Barocken im Auge haben würden, leider hätten sie sich darin bitter getäuscht. Die Bezirksleitung der K.A.P.D. in Halle habe die Arbeiter in Streik und Aufruhr hineingeführt gegen den Willen der kommunistischen Obsteine. Nachdem es freilich losgegangen war, sei dann die Leitung von selber der K.A.P.D. entglitten und auf die K.A.P.D. übergegangen. Der Zeuge selbst ist von diesem mit Erschütterung betroffen worden.

In der Nachmittags Sitzung wurde der Oberpräsident Hörning weitervernommen. Der in seiner Begleitung erschienene Oberregierungsrat Freising hatte ein umfangreiches Aktenmaterial mitgebracht. Und nun brachen die gegen Hörning erhobenen Anklagen Punkt für Punkt zusammen. Schon bei dem Thema der „roten Armee“ zeigte sich die völlige Unzuverlässigkeit der Aussagen des Regierungspräsidenten v. Gersdorff, eines der Kronzeugen der Rechten. Besondere Ueberraschung ergab die Vernehmung des Oberpräsidenten bei dem Punkte „Vorbereitung der Palastaktion“. Die Behauptung, daß Hörning die Aktion unternommen habe, ohne seine vorgelegte Stelle rechtzeitig zu benachrichtigen und bei ihr den nötigen Rückhalt zu suchen, erwies sich als Legende. Tatsächlich ist aus leicht begreiflichen Gründen der Personentritt, der eingeweiht war, so eng wie möglich gehalten worden. Die Klagen gegen Hörning beruhen auf den Angaben untergeordneter Beamter, die sich offenbar gekränkt fühlten, weil man sie nicht mit ins Vertrauen gezogen hat. Der Oberpräsident hat allerdings damit gerechnet, daß die von ihm vorher über den Zweck der Aktion aufgeklärte Bevölkerung sich ruhig verhalten würde. Er wies nebenbei nach, daß der Staatskommissar Weismann, der jetzt die vorbereitende Aufklärung als schwerer Fehler bezeichnet, ihr seinerzeit zugestimmt hat. Aber es waren auch die Vorträge genug für den Fall, daß eine kommunistische Gegenaktion entstehen würde. Die Leiter der Schuppelzüge im Ministerium des Innern sind

nicht, wie die Rechte behauptet, zu spät

informiert worden, denn tatsächlich befanden sich bei dem Beginn der Aktion 300 Berliner Schuppelzüge in Halle und weitere Abteilungen waren im Anrollen. Kläglich ging es der Rechten auch in der Angelegenheit der „Spitzelzentrale“. Nichts bewahrheitete sich davon, daß Hörning selbst mit der Spitzelzentrale im Verkehr gestanden und sie an die Reichswehr weiter empfohlen hat. Richtig erwies sich allein, daß der Leiter der Spitzelzentrale, ein Rechtsanwalt Schaper, sich unter grobem Vertrauensmißbrauch an einen untergeordneten Hörnings herangemacht hat, der eben- so wenig wie Hörning die Beziehungen Schapers zur Spitzel-

Europäer und „Wilde“.

Im Jahre 1894 mißglückte eine militärische Expedition gegen die Insel Lombok, die in ihrem westlichen Teil von Sultans bewohnt ist. Der Rest einer Kompanie wurde von den Sultans gefangen genommen. Man führt die Gefangenen nach dem Palaste des Fürsten, eine halbe Stunde Wegs. Neugierig schauen die bewaffneten Wächter, die die Straße säulen, auf die Vorbeisgehenden; kein freundliches Wort wird gehört, keine Hand helfend aufgehoben. Schweigend sieht man ihnen nach, nur ein Wort des Mitleids für die Verwundeten spricht man zueinander. — Auf dem großen Marktplatz angelangt, müssen die Gefangenen warten, bis der Fürst erscheint. Auf dessen Befehl erhalten sie Erfrischungen, die Offiziere ausgesuchte Früchte, die Soldaten weißen Reis und kaltes Wasser. Nach sechs Tagen sendet man sie nach Java zurück. — Im Jahre 1898 marschierten europäische Truppen gegen das kleine Reich Labanan auf Südbali. Der Fürst versucht mit dem Kommandeur zu unterhandeln. Als dieses mißglückt, will er nach seinem Befehl zurückkehren. Da nimmt man ihn gefangen und fährt ihn vor den Regierungskommissar, der viele Jahre auf Bali Gouverneur gewesen hatte und nun über sein Los entscheiden soll. Der Fürst bietet um die Gnade, auf Bali weiterleben zu dürfen. Der Kommissar beschließt, ihn nach Lombok zu verbannen, und sperrt ihn zusammen mit seinem noch kindlichen Sohn in einen engen, von hohen Mauern umgebenen Raum, um den starke Wachen gestellt werden. Essen und Trinken vergißt man den Gefangenen zu geben, ebenso ein Licht für die Nacht. Am andern Morgen findet man den alten Fürsten verblutet an einer zerfetzten Halswunde, die er sich mit einem stumpfen Stückchen Eisen beigebracht hat. Sein Sohn hat sich mit dem Opium vergiftet, das man vergessen hatte, dem Fürsten abzunehmen.

„Im Jahre 1916 befand ich mich“ (schreibt Dr. Gregor Krause, der Verfasser des vorzüglichen Wertes „Insel Bali“, das jetzt im Volkswang-Verlag, Hagen, erschienen ist, und dem wir dieses Seitenbild entnahmen) „in einem Kriegsgefangenenlager in einer Hauptstadt Europas. In unmittelbarer Nähe brachten Vorortzüge die Schulkinder an freien Tagen nach ihren Spielplätzen draußen. Bei dem erwarteten Anblick der Gefangenen drängten sich die halbvergerren Gesichter, auch der Kleinsten, an die Fenster, und unter Bekundung ihrer meist weiblichen Lehrer taillten sie Schimpfworte und Drohungen gegen die Unglücklichen, die in Wahnwitz und Hunger sich fortzuschleppten.“

Wenn diese Kleinen unter der Leitung dieser Lehrkräfte zu „Kulturträgern“ der nächsten Generation herangezogen werden, kann man sich ungefähr vorstellen, welche Segnungen sie der Welt, den „Wilden“ wie den europäischen Brüdern, bringen werden. Der ganze ungeheure Ernst der Erziehungsfragen erstreckt hier vor uns und darf uns nie mehr zur Ruhe kommen lassen. Der Geist ist es, der lebendig macht — oder Schädelstätten bevölkert. Holt acht auf ihn im Kleinen wie im Großen.

Das Schicksal der Privilegierten. Vor kurzem ging die Nachricht durch die Blätter, der ungarische Marschall Arpad von Tomass, dem man den Beinamen des „Hünen von Przemysl“ gegeben hat, frische sein Leben als Barbier. Von Deutschland ist es bekannt, daß unter den Bewerbern für freiwirtschaftliche Portier- und Hausbesorgerstellen sich wiederholt Barone und Generäle befanden. Den ungarischen Adel hat das gleiche Schicksal getroffen. Auch seine Mitglieder, die einst eine glänzende Rolle am Hofe und in der Gesellschaft spielten, müssen heute vielfach jeden beliebigen Posten im Geschäftsbetrieb annehmen. So ist der Marschall von Koereß Zigarrenhändler geworden. Er hilft sich jetzt durch den Verkauf von Tabakfabrikaten an Kleinbändler. Der Graf von Liebsberg ist einfacher berittener Straßenpostkutscher. Viele seiner Standesgenossen sind keine Angestellten in Bureau geworden, Schneider und Schreiner, Schankwirte und selbst Kellner. Günstiger ist der Graf Apponyi. Er ist unter die Journalisten gegangen. Durch Beziehungen ist es ihm gelungen, mit einer New Yorker Zeitung ein gut bezahltes Abkommen zu schließen. In den Blättern geht auch der Graf von Spezzig; er sieht im Begriffe, eine namhafte Schneiderin zu heiraten. Ungeteilt sind es vielfach die Damen des ungarischen Adels, die ihre Zukunft im Modegewerbe gefunden haben. So hat z. B. die Baronin Vassfy, die Tochter des ehemaligen Ministers, ein Hutgeschäft errichtet. . .

Die Korrespondenz, der wir diese Einzelheiten entnehmen, umschließt sie mit allerlei sentimentalen Randbemerkungen. Dazu ist aber wenig Anlaß. Es gibt viele Menschen, die unter dem Umsturz des alten Regimes härter zu leiden haben und sich nicht mehr helfen können. Es ist ja früher auch vorgekommen, daß Adelige, die aus der Offiziersstufere herausfielen, Weinreisende oder Kellner (überm Teich) wurden. Auch die Erbschaften reicher Frauen ist in dieser Schicht unalte Tendenz. Früher waren es schlimmstenfalls mamonngesehene Töchter Torosets — heute also Schneiderinnen. Es wird die Zeit kommen — schreckliche Vorstellung für Parasiten — wo man nicht mehr sein Auskommen ererbt, erheiratet, aber durch Spekulation erwirbt. Und die Welt wird ruhig weiter existieren.

Vollständiger Ohrmuschelersatz. Für eine der schwersten chirurgisch-plastischen Aufgaben galt es bisher, eine gänzlich fehlende Ohrmuschel zu ersetzen, und es war dabei niemals ein befriedigendes Resultat erzielt worden. Die Schwierigkeit lag daraus zu erklären, daß einmal die Muschel sehr kompliziert gebaut ist, sodann eine Blutgefäßverbindung für das neue Ohr verhältnismäßig eingegränzt ist und endlich, daß man das Ohr ganz im Freien aufbauen muß. So schwierig der vollständige Ersatz einer Ohrmuschel ist, so verhältnismäßig leicht ist die Herstellung eines Teiles. Nunmehr hat aber der Beirat für plastische Chirurgie beim Berliner Hauptversorgungsamt Dr. Effer ein ziemlich einfaches Verfahren gefunden, um das schwierige Problem des Ersatzes der ganzen Ohrmuschel zu lösen. Die Operation, die er in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mittelt, beruht darauf, daß zunächst ein genau dem gesunden Ohr entsprechendes Modell aus Kippenknorpel geschnitten wird. Dieses Knorpelmodell wird dann mittels eines Schnittes an der Haargrenze hinter dem äußeren Gehörgang unter die Haut gehoben und die Wunde geschlossen. Ist dann nach 1—2 Monaten der Knorpel anstandslos eingeweiht, so wird hinter demselben eine sogenannte „Epithelrinne“ gemacht. Danach wird ein Abdruck genommen, der etwa 2—3 Millimeter dick ist und der Schädelform genau entspricht.

Dieses Modell wird mit einer dünnen Haut umgeben und in die Wunde gehoben. Nach 8—14 Tagen wird das Modell entfernt, und die Haut ist dann ausnahmslos ganz glatt angeheilt. Auf diese Weise wird erreicht, daß das vom Schädel freikomende Knorpelstück beiderseits mit Haut bedeckt ist. Wenn außerdem das Ohrklappen fehlt, muß dieses dann nachher aus der Halshaut entnommen und geformt werden. Auf diese Weise ist es Effer gelungen, eine vollkommen mit Wappchen abgeschlossene Ohrmuschel naturgetreu zu erzeugen.

Die Erforschung von Nowaja Semlja. Nach zweimonatigem Aufenthalt auf der im nördlichen Eismeer vor der sibirischen Küste gelegenen Doppelinsel Nowaja Semlja ist die norwegische Expedition, an deren Spitze Professor Holstebahl stand, wieder zurückgekehrt. Mit reichen wissenschaftlichen Ergebnissen verschiedener Art hat die Expedition wesentliche Erkenntnisse des geologischen Aufbaus der Insel und der sie durchziehenden Bergkette mitgebracht. Man hat Spuren von Pflanzenwuchs und Süßwasserflüssen aus dem jüngeren Devon gefunden, die beweisen, daß das große nordatlantische Festland sich damals nördlich bis Nowaja Semlja erstreckt hat. An nicht weniger als 12 Punkten konnte festgestellt werden, daß der Meeresspiegel nach der Eiszeit weit höher reichte als heute. Noch in 200 Meter über dem Meere wurden Seemuscheln gefunden. Die Expedition hat außerdem reiches Material zur Erforschung des Tierlebens der Vorzeit, darunter Spuren bisher unbekannter Vogelarten und Süßwasserfische gesammelt.

25 Jahre Verlag. Einer der ersten deutschen Verleger, Eugen Diederichs in Jena, kann in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken: am 14. September 1896 gründete er in Florenz den Verlag, der von seinem Geburtsort den Namen des Donatello im Wappen führt, als Symbol des mit der Renaissance einsetzenden Individualismus. Zuerst der Vertreter des Kunstwissenschaftlichen und der Friedrichshagenener Idealistischen Neumanier, hat Diederichs immer mehr die religiöse Kultur in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt. Ein Almanach, den Diederichs jetzt unter dem Titel „Wille und Gestaltung“ aus Anlaß seines Jubiläums herausgibt, ist ein schönes Gesamtbild seiner Arbeit.

Kunstchronik. Die Kunstschule des Meisters, Rom 1544, veranlaßt vom 14. bis 24. September eine Mal- und Zeichnarbeiten-Ausstellung (freie Besichtigung von 11—5). — Die Kunsthandlung Fritz Wurli, Weidbacher Str. 113, eröffnet am Samstag die erste Berliner Ausstellung der „Freien Bewegung“.

Die Große Volksober Berlin veranstaltet neben den Opernvorstellungen auch in diesem Winter wieder eine Reihe erster Konzerte und zwar fünf Abonnementkonzerte mit dem Philharmonischen Orchester unter Gustav Brecher. Zur Aufführung gelangen Mozarts III., Beethovens VIII. und IX. Sinfonie, Berlios Phantasie, A. Strauß' Alpenfollie und die Uraufführung der drei neuen Hymnen.

Die Sonntagskonzerte des Blüthner-Orchesters beginnen am 18. September, 7½ Uhr, im Blüthner-Saal. Dirigent: Ramallo Silberbrand.

Kritikungen und ihr Vorkommen. Edelherzog Schäfer ist für den Berliner Hofpalast mit einer Monatsgabe von 450 000 M. verpflichtet. Das ist die höchste Gage, die jemals an einem deutschen Barock gezaht wurde. Schäfer läßt dafür allerdings auch ein ganzes Abendprogramm aus. Die zweitöchteste Gage kommt auf eine ehemalige Radfahrerin, die für sich und ihre Truppe 100 000 M. im Monat erhält. Die dritthöchste Gage sind die 90 000 M., die Dito Heuter für Monatsengagements erhält. Wenn's nicht stimmt, ist's doch eine hübsche Reflektant!

Die Stadtverordneten zum Elektrizitätsstreik.

Aufbesserung der Altruhgeelder. — Stadtbaurat Horten's Nebeneinkünfte.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern auf ihrer inhaltreichen Tagesordnung auch die Frage eines Tarifvertrages für die Festbesoldeten der städtischen Werke...

Sitzungsbericht.

Heute haben zwei Dringlichkeitsanträge den Vortritt. Der erstere, von der SPD. eingebracht, verlangt zur Befundung der Berliner Finanzen, Neuperceptions oder Verlängerung von Pachtverträgen im Bereich der Verwaltung der städtischen Güter und Forsten in Zukunft nur mit Zustimmung der betr. Deputation erfolgen zu lassen...

Die Deckung der Mehrausgaben.

Die für 1920—1921 zusammen etwa 47 Millionen betragenden, durch eine Plafasteuer, durch Erhöhung der Beherbergungssteuer, durch Einnahmen aus den Neckamerbetrieben und durch Ersparnisse infolge Wegfalls der Drucklegung der stenographischen Berichte erfolgen...

Die erhöhten Beträge sofort auszusahlen.

dah also in diesem Notfall alle Parteien eine Ausgabe bewilligt hätten, ohne daß die Deckung schon im einzelnen völlig sichergestellt war, gelangen die Ausschüsse zur Annahme. Daneben wird festgestellt, daß die „einstweilige“ Stadtverordnetenversammlung für die Zeit ihrer Amtsdauer erwartet, daß die Drucklegung der stenographischen Berichte fortgesetzt wird.

Der Entwurf der Satzungen über das Verwaltungsjournal der Stadt Berlin geht an einen Ausschuss.

Kur- und Verpflegungskosten

in den städtischen Krankenhäusern. In Klasse III soll der Tageslohn von 18 auf 25 M. steigen, in der II. und I. Klasse soll er hinfür 60 bzw. 100 M. betragen; für Kinder unter 14 Jahren mit akuten Infektionskrankheiten soll er in Klasse III 6, sonst 10 M. betragen. Auswärtige zahlen die doppelte Sätze; Ausländer zahlen in den drei Klassen 80 bzw. 160 bzw. 240 M. pro Tag. Alle diese Erhöhungen sollen am 1. September d. J. in Kraft treten. Der Magistrat erwartet eine Mehreinnahme von jährlich 10 Millionen Mark.

Nachtragsvorlage

kommt der Magistrat den Wünschen betreffend die Nichtversicherung, die Aufnahme und die Staffung entgegen.

An der eingehenden Erörterung beteiligten sich Frau Dr. Wagnardinski (Soz.), Dr. Kirchner (Dnt. Sp.), Thurm (U. Soz.), Rintorf (Komm.), Dittmer (Soz.), Streiter (D. Sp.).

Der Antrag der Kommunisten auf Ausschussberatung bleibt in der Minderheit. In Folge davon widersprechen 15 Mitglieder dieser Partei der sofortigen Vornahme der zweiten Lesung; geschäftsordnungsmäßig muß letztere nunmehr unterbleiben, sie kann erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

Ein vom Magistrat vorgelegter Tarifvertrag für die in den Forstbetrieben der Stadtgemeinde Berlin beschäftigten Arbeiter will mit einigen Vorbehalten diese Kategorie unter den Tarif für die städtischen Mitarbeiter stellen. Dör (Komm.) bekräftigt die Absicht des Magistrats, der den berechtigten Ansprüchen der Forstarbeiter nicht gerecht werde. Stadtrat Böhsch stellt fest, daß der Vertrag sowohl die Zustimmung des Gemeindevorstandes wie des Parbeiterverbandes erhalten hat und daß entsprechend ihrer schwereren Arbeit den Forstarbeitern gegenüber den Gärtnern eine ganz wesentliche Lohnerhöhung zustanden ist.

Erhöhungsanträge einem Ausschuss zu überweisen.

Die Deckungsfrage gleichfalls in einem Ausschuss zu beraten. Der Vorlage wird im übrigen einstimmig zugestimmt.

Die Anträge Gabel (Komm.) betr. die unentgeltliche Beförderung der Schulkinder aus Mahlsdorf-Süd zur Schule in Mahlsdorf-Ost und betr. die Schulspesen von Schulkindern sowie der Antrag Weyl (U. Soz.) betr. den Altruhgehälter gehen an Ausschüsse.

Hierauf wendet sich die Versammlung zur Beratung der Anträge, die das

Angestelltenverhältnis der Festbesoldeten

der städtischen Werke betreffen. Ein gemeinsamer Antrag der Soz. und U. Soz. vom 8. September will den Magistrat erlauben, den einstimmigen Schiedspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses vom 19. August, nach dem für diese Angestellten ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, anzuerkennen; ein Antrag gleicher Tendenz liegt von den Kommunisten vor.

Dittmer (U. Soz.) gibt einen Abriss des Verlaufs der Verhandlungen und hält dem Magistrat vor, daß durch seine Haststarrheit, insbesondere aber durch den Widerstand des Stadtsyndikus Lange die Angestelltenfrage zum Streit und Berlin zu einer Million Mark Schaden gekommen sei. Dem Streben des Magistrats, immer mehr Angestellte zu Beamten zu machen, müsse energisch entgegengetreten werden. — Stadtsyndikus Lange verteidigt das Verhalten des Magistrats. Der Schiedspruch sei juristisch unhaltbar und hätte auch die Zustimmung des Oberpräsidenten nur mangels gehöriger Information gefunden. Die Angestellten wollten nur deshalb nicht in die Beamtenbeförderungsordnung hinein, weil ihnen deren Sätze nicht mehr genügen. Der Streit sei in friedlicher Weise vom Jahre abgedreht. (Lärm.)

In der weiteren Debatte wird das Verhalten des Magistrats fast ausschließlich verurteilt; nur Frau Becker (Dnt.) lobpreist den Begriff des alten preussischen Beamtentums. Auch Lewin (Dnt.) findet, daß die Angelegenheit in der Geschichte des Magistrats kein Ruhmesblatt ist; doch seien die Angestellten sich ihrer Verantwortung als Angehörige städtischer gemeinnütziger Betriebe nicht voll bewußt gewesen. — Oberbürgermeister Böhsch springt dem Syndikus Lanze bei, indem er darauf hinweist, daß in den Berichten, wo die Angestellten längst Beamte seien, die Werke besser florieren als in Berlin. — Die Erklärung Dittmers, daß man den Angestellten ihr Streikrecht erhalten wolle, wird natürlich von Schaldach (D. Sp.) begierig aufgegriffen.

Mit den Stimmen der drei Linksparteien wird der Magistrat aufgefordert, im Sinne der drei Anträge

sch dem Schiedspruch zu unterwerfen.

Nachdem noch der Antrag der Kommunisten zum Kopitel der Feststellung von Hundesteuerhinterziehungen angenommen ist, schließt die öffentliche Sitzung nach 9 Uhr.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung kommt es in einer geheimen Sitzung zur Erörterung einer Anfrage Egner (D. Sp.) über

Nebeneinkünfte des Stadtbaurats Horten.

die er angeblich bei Kriegesgesellschaften bezogen habe und noch bezöge. Auf Antrag Dör (Komm.) wird die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt. Oberbürgermeister Böhsch antwortet, Horten habe bei einer Vermögensstelle der Reichsregierung ein Jahreseinkommen von 50 000 M. gehabt und noch dem Antritt seines Stadtratsamtes ein Viertel davon weiterbezogen wollen, doch habe der Magistrat das nicht annehmen lassen. In der Besprechung bekräftigt Schmidt (Komm.) Monate hindurch sei Horten durch den Magistrat an seiner Arbeit gehindert worden. Oberbürgermeister Böhsch weist diesen Vorwurf zurück. Dör (Komm.) glaubt, die Anfrage in Sachen Horten als bestellte Arbeit des Magistrats bezeichnen zu sollen. Auch diesem Vorwurf tritt Oberbürgermeister Böhsch aufs entschiedenste entgegen. Lüdike (Dnt.) kündigt an, seine Fraktion werde in der Angelegenheit Horten einen besonderen Untersuchungsausschuss beantragen. Damit ist die Anfrage erledigt.

Reformen auf den Kummelplätzen.

Einschränkung des übermäßigen Musiklärms.

In der Abwehrbewegung der Berliner Schausteller gegen den vom Polizeipräsidenten angebrochten 8-Uhr-Schlus ist gestern die Entscheidung erfolgt. In einer überfüllten Versammlung der Schausteller, die gestern nachmittags in den Sophienhallen stattfand, berichtete die Verhandlungskommission, das Polizeipräsident sei den Wünschen der Schausteller entgegengekommen und habe entschieden, daß nach wie vor der 10-Uhr-Schlus im allgemeinen für die Berliner Kummelplätze gelten solle. Die Vorbedingung sei aber, daß die Schausteller die von ihnen zugesagten Reformen auf den Plätzen durchführen, vor allem den übermäßigen und die Anwohner störenden Lärm auf den Plätzen ein Ende machen. Die Kommission hat die Garantie für solche Reformen übernommen. Heute will

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

„Liebe Minna, was ich dir sagen wollte —“

Frau Görke schlug das Herz bis zum Halse. Was würde nun kommen? Warum spannte sie sie jedesmal — aber auch jedesmal — auf die Hölzer?

„Ist Thea zu Hause?“

„Nein, sie ist zur Kirche.“

„Zur Kirche? Hm, wenn sie nur nicht nach Täschental hinaus ist —“

„Wie meinst du das?“

„Nun, im Täschentaler Wald ist es doch so schön und amüßlich.“ Tante Berta spielte mit ihrem Gegenüber wie eine alte, erfahrene Nage mit einer armen Maus.

„Über Berta, rede doch nicht solchen Unsinn! Was sollte Thea Sonntagvormittags draußen im Wald?“

„Das wird sie dir nicht verraten, liebe Minna; ebensowenig wie sie es mir verraten hat. Aber vielleicht weiß es der Herr Gymnasiallehrer Henning.“

„Henning, der kleine Dide?“

„Ja.“

„Berta, was ist mit ihm?“

Endlich bequemte sich Tante Berta zum Erzählen.

Thea war mit dem Gymnasiallehrer gesehen worden, wie er ihr am Waldhäuschen die Hand und den Arm bis zum Ellenbogen gefühlt hatte. Und sie hatte sich nicht gewehrt, bewahre, vielmehr gelacht und ihn auf jeden Fall mehr verlost als vertrieben. „Und dabei ist er vor kurzem noch Kandidat gewesen und erst diese Ostern richtig Lehrer geworden.“ schloß sie ihren Bericht.

Frau Görke schlug die Hände zusammen: „Wenn nur mein Mann nichts erfährt!“

„Aber man wird es ihm doch sagen müssen.“ Tante Berta war vollgelesen voll Entrüstung. „Er als das Haupt der Familie muß doch wissen —“

„Ach Berta, das verstehst du nicht.“ Und sie goß, um nur etwas zu tun, ihr ein neues Glas Portwein ein.

Eine Weile hörte man nur das kleine Schlackert und Glucken in Tante Bertas Kehle. Eine Fliege stieß summend an die Scheiben. Das Tuten eines Dampfers klang von weitem herüber. Alles war so somnolent still und feierlich...

In diese Stille fiel plötzlich die Frage der Tante: „Bist du eigentlich mit deinem Fräulein zufrieden?“

„O ja. Sie ist bescheiden und fleißig.“ Frau Görke bläute misstrauisch auf die Fragerin.

„Es ist doch eigentlich eine riskante Sache, Minna.“

„Aber warum denn?“

„Gott, ein junges, hübsches Mädchen zu Mann und Sohn sehen...“

Frau Görke schrie auf: „Berta, was du einem aber auch ins Ohr zu sehen verstehst!“

Tante Berta war beleidigt. „Es ist das Unglück der Leute, wenn sie nicht hören wollen. Dann müssen sie fühlen.“ Und sie trank den letzten Rest des Portweins aus und rauschte davon.

Im Grunde war sie zufrieden: sie hatte eine Nachricht überbracht, die noch niemand in der Familie wußte und die wie Sprengpulver wirken mußte.

Sie hatte ihre Sonntagsgesellschaft weg...

In der Wohnstube lag der alte Julius Görke bäuchlings der ganzen Länge lang auf dem Fußboden.

Unter ihm lagen Bogen, bedeckt mit einem genealogischen Baum, an dessen Ästen und Seitenästen Täfelchen angezeichnet waren.

Mit halblauter Stimme las er Namen, Geburtsnamen, Stadtnamen, Ordensauszeichnungen. Seit hundert Jahren hatte er die Familie Görke mit ihren Verzweigungen da unter sich — wenigstens das, was er herausgefunden hatte. Nach seiner Methode war man mit der ganzen Provinz verwandt.

Keiner in der Familie glaubte an diesen Stammbaum. Aber jeder hörte andächtig zu, wenn Julius Görke wieder einen Verwandten irgendwo entdeckt hatte. Dies war die einzige Romantik seines sonst so prosaisch nüchternen Daseins; was in ihm an Phantasie vorhanden war — viel war es nicht —, arbeitete hier und ging wunderliche Wege. Kein Mensch war, wenn diese Stimmung ihn überkam, sicher davor, von ihm nach dem Namen der Großmutter und nach anderen Verwandten ausgefragt zu werden, die vielleicht irgendwo zu einem Görke Beziehungen hatten.

Es war kein großer Kummer, daß keine Ahnengalerie aufzuweisen war. Ringsum in der heiligen Geißgasse, in der Langgasse, am Lengen Markt, in der Frauengasse — überall sahen die alten Patriziersgeschlechter, der in schweren verhältnismäßig Rahmen ihre Ahnen an den Wänden hatten. Die Görkes hatten allezeit anderes zu tun gehabt, als sich malen zu lassen...

Frau Görke trat ein.

„Julius, hast du denn nicht gehört? Doktor Henning ist da!“

Er zeichnete ruhig weiter sein Täfelchen. „Ich habe nämlich herausgefunden, daß die Kusches in Tüchel mit uns verwandt sind.“ sagte er endlich, als sei das die Antwort auf ihre Frage. „Durch die Lünigens sind sie mit uns verwandt, die von Tafel G IV, weißt du. August Louis Lünig war in erster Ehe mit einer Rosa Kusche verheiratet.“

Sie rang die Hände. „Ich hab' dir den guten Rock hingelegt, Julius. Du mußt jetzt herauskommen. Der Henning wartet schon lange. Ich glaube, er will um unsere Thea anhalten.“

Görke erhob sich. „Gut, gut. Er kann aber ruhig warten. Er ist noch jung.“

„Und büste dir die Arie ab!“

Draußen ging sie zu Fräulein. Ihr trauriges Gesicht sah noch um eine Schattierung trauriger aus. „Er hat wieder den Familienfimmel!“ Sie hatte all diese weitaufge Verwandtschaft immer im Verdacht, daß sie irgendwie Ansprüche auf das Görkesche Vermögen machen könnte.

Fräulein überhörte den Ausruf und fragte: „Soll ich Thea abholen?“

„Ja, gehen Sie doch zur Marienkirche. Thea geht sonst noch mit Gerda mit. Sagen Sie ihr, daß Herr Henning gekommen ist. Er kommt ein bißchen früh am Tage. Ach Gott ja, wenn man auf Freiersfüßen ist!“

„Gewiß, gewiß.“ Fräulein fuhr in ihr Jackett. Als sie schon in der Türe war, rief Frau Görke sie nochmals zurück.

„Meinen Sie, daß es ein Glück für Thea ist?“

Fräulein lächelte: „Wenn sie ihn lieb hat?“

„Ach Gott, er ist Gymnasiallehrer. Mit der Zeit wird er es wohl bis zum Oberlehrer bringen oder zum Professor. Aber viel Gehalt kriegen sie doch nicht. Oder erst, wenn sie alt und grau sind. Ich weiß es von meinem Bruder.“ Frau Görke war nicht daran, in Tränen auszubrechen.

„Nun, verhungern werden sie ja nicht.“

„Das sagen Sie so, Fräulein.“

„Und Herr Görke kann ja glücklicherweise nachhelfen —“ Frau Görke fuhr zusammen, als stünde schon einer, mit der Pistole in der Hand, mitgiftfordernd vor ihr. Sie hatte einen ehrlichen Schrecken bekommen.

Die Uhr schlug elf.

„Es ist Zeit.“ sagte Fräulein, „sonst tresse ich Thea nicht.“

„Ja, gehen Sie nur!“

Frau Görke ging zu dem Bewerber zurück.

(Fortf. folgt.)

eine Kommission von höheren Polizeibeamten gemeinsam mit den Vertretern der Schauspieler sämtliche Kummelplättchen besichtigen, um zu prüfen, ob die dort vorhandenen Musikinstrumente eingekauft werden müßten. Von dem Ergebnis dieser Prüfung wird es abhängen, ob für mehrere Plätze — es wird von etwa fünf gesprochen — der 8-Uhr-Schluß verfügt wird. Da wegen der Prüfung heute die Plätze um 8 Uhr geschlossen werden müßten, beschloß die Versammlung, den Betrieb heute überhaupt ruhen zu lassen, weil die Einnahmen in der Zeit von 6 bis 8 Uhr kaum ausreichen, um die Lustbarkeitssteuer zu decken. Die Versammlung nahm dadurch einen erregten Verlauf, daß ein kommunistischer Bezirksleiter Lange, der sich anmaßend als „Vertreter der gesamten Berliner Arbeiterklasse“ gerierte, die Schauspieler zum Widerstand gegen die Polizeimaßnahmen aufforderte auf die Gefahr hin, daß dadurch blutige Auseinandersetzungen erfolgen. Die Versammlung sprach aber der Verhandlungskommission einmütig ihr Vertrauen aus und der ungeladene und unberufene „Arbeitervertreter“ Lange blieb bei der Abstimmung mit 8 seiner Parteigenossen allein.

Opfer der Rennbahn.

Eine Million unterschlagen und — verspielt.

Die zügellose Wettleidenschaft, die schon unzählige Existenzen vernichtet hat, führte den Kaufmann Franz Sängler unter der Anklage der Unterschlagung vor die 3. Ferienkammer des Landgerichts I. Der aus guter Familie stammende Angeklagte war bei einer Bank beschäftigt und schlug sich mit einem verhältnismäßig kleinen Gehalt mühsam durchs Leben. Eines Tages näherte sich ihm der Verkäufer in Gestalt eines guten Freundes, der angeblich viel Glück auf der Rennbahn hatte. Der Angeklagte ließ sich verleiten ebenfalls zu wetten und hatte auch anfänglich stets Glück. In der Hoffnung, daß diese „Glücksträhne“ weiter gehe, setzte er einmal sein ganzes Gehalt auf eine sogenannte „tossische Sache“ und verlor. In dieser Situation ließ er sich verleiten, sich an den ihm anvertrauten Geldern zu vergreifen. Diesem ersten Fehlschritt folgte bald der zweite, da S. sich einbildete, er könne das Glück zwingen. Es ging immer mehr bergab und aus den Laufenden wurden Hunderttausende, bis die Gesamtveruntreuungen die Höhe von 1 Million erreicht hatten.

Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig. Der Verteidiger bat um eine milde Strafe, da die Straftaten des bisher unbescholtenen Angeklagten mit einem kleinen Steinchen zu vergleichen seien, der bergab rollend allmählich zur Lawine werde, außerdem sei die Hälfte des Schadens gedeckt. Mit Rücksicht hierauf billigte das Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte auf nur 2 1/2 Jahre Gefängnis, nahm aber den Angeklagten wegen Fluchtverdachts sofort in Haft.

Gäßliche Szenen am Potsdamer Platz.

Von verschiedenen Augenzeugen werden uns Mitteilungen über einen Fall übertrieben scharfen Vorgehens einiger Schupobeamten gemacht, der sich gestern abend gegen 7 Uhr bei der Feststellung zweier Droschkentischer auf dem Potsdamer Platz ereignete. Einer der Fischer, der seinen Wagen nicht verlassen wollte, wurde nach der Darstellung dieser Augenzeugen gewaltsam vom Wagen heruntergerissen, mit Fausthieben zerkleinert und nach der Wache im Potsdamer Bahnhof gebracht. Mehr als 50 Passanten, die sich, erregt durch diese empörende Behandlung, als Zeugen zur Verfügung stellten, wurden ebenfalls in der schärfsten Weise angefahren, worauf der Zugang zur Wache mit bereitgehaltenen Revolvern „geräumt“ wurde. Einer der Zeugen wurde kurzerhand gepöbel und gegen eine Telephonzelle gedrückt, so daß die Türscheibe zersplitterte.

Wir müssen uns wegen vorgerückter Abendstunde auf die Darstellung unserer Gewährsleute verlassen, erwarten aber vom Polizeipräsidentium schnelle Untersuchung des Falles, der die den Beamten zur Pflicht gemachte Höflichkeit im Verkehr mit dem Publikum augenscheinlich stark vermissen läßt.

Freier Zucker.

Die Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 30. September 1920 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 8. Oktober 1920 sind mit dem 15. September außer Kraft getreten. Dabei ist zu bemerken, daß die Reichszuckerstelle und die Landesvermittelungsstellen bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte und der sich noch ergebenden Aufgaben bestehen bleiben. Für den Verkehr mit Zucker aus der Ernte 1920 bleiben gewisse Vorschriften auch über den 15. September hinaus in Kraft. Sämtliche Bezugsscheine der Reichszuckerstelle haben ohne Rücksicht auf die aufgedruckte Gültigkeitsdauer mit dem Ablauf des 15. September ihre Gültigkeit verloren und dürfen nach diesem Tage von den Verbraucherstellen nicht mehr befristet werden. Die Reichszuckerstelle behält sich vor, von Fall zu Fall Ausnahmen zuzulassen.

Die Berliner Wertzuwachssteuerordnung zu Recht bestehend. Eine Berliner Korrespondenz verbreitete kürzlich eine Mitteilung über die Ungültigkeit der Berliner Wertzuwachssteuerordnung mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 4. Januar 1921. Nach Einsichtnahme und Prüfung des angezogenen Urteils stellt der Magistrat jetzt fest, daß die Behauptung eine irrige ist, und daß die Entscheidung die Berliner Wertzuwachssteuerordnung gar nicht berührt, da der in der Entscheidung behandelte Steuerfall nicht eine selbständige Gemeindesteuerordnung, sondern das Reichszuwachssteuergesetz selbst zur Grundlage hatte. Daß bei einer Besteuerung nach dem Reichszuwachssteuergesetz oder den auf Grund seiner Vorschriften erlassenen Zuschlagsungen die Bestimmungen dieses Gesetzes und damit die von Gesetz gezogene Grenze von 30 Proz. der Wertsteigerung innegehalten werden müssen, ist selbstverständlich und wird von niemand bestritten werden. Das Publikum wird gebeten, sich nicht auf diese falsche Notiz zu verlassen und darauf gestützt unnötige und kostspielige Einsprüche und Klagen zu erheben.

Eine Streife gegen den wilden Juwelenhandel veranstaltete die Streifenmannschaft der Kriminalpolizei mit Unterstützung von Beamten der Schuppolizei gestern in der Friedrichstraße. Im Kaiserfeld, der Rummelbühne und in einigen anderen Lokalen wurden im ganzen 100 Gäste angehalten und mit Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidentium gebracht. Bei mehreren fand man noch Juwelen, andere hatten sie unter Sofa- und Stuhlpolstern verborgen oder den Reklamen zugesteckt. Auch diese Sachen wurden jedoch herbeigeholt und beschlagnahmt. Unter den gestrigen beschlagnahmten Sachen befinden sich wieder einige, die wahrscheinlich gestohlen sind. Aber auch eine ganze Menge Reppjachen kamen zutage, mit denen die Händler untunliche Leute zu betrügen pflegen.

Aushebung geheimer Schnapsbrennereien. Durch Beamte der Bucherabteilung des Polizeipräsidentiums Berlin wurden zwei geheime Schnapsbrennereien in Reinickendorf, und zwar in den Häusern Gesellschaftsstraße 29 und Hoppestraße 38, ausgehoben. Acht Personen mußten den Weg zur Wache antreten.

Ein großes öffentliches Massenkonzert veranstaltet im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission Groß-Berlin sowie dem Ortsverband der Kassa die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes am Sonntag, den 18. September 1921, mittags 12 Uhr, im Lustgarten zum Besten für das hungernde Volk. Das Orchester (Blasmusik) setzt sich zusammen aus 300 Mitgliedern der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes und wird unter der Leitung des Musikdirektors Fritz Bräse (Mitglied der Ortsverwaltung) ein hervorragendes Programm zur Ausführung bringen.

Große öffentliche Wählerveranstaltungen

Heute, Freitag, den 16. September, abends 7 Uhr:

13. Kreis (Mariendorf): Aula des Realgymnasiums, Kaiserstraße. Referent: Dr. Kallmann.

(Ochsenrade): Waldrestaurant von Rohrmann, Hilperstraße. Referent: Dr. Kollwisch.

Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen.“

Unter der Anklage der Beleidigung des Offizierkorps stand gestern der Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski vor der Ferienkammer des Landgerichts I. Inkriminiert war ein von dem Angeklagten unter dem Schriftstellernamen Ignaz Wrobel in der „Freiheit“ vom 20. August 1920 veröffentlichter Feuilleton-Artikel „Offiziere“. Dieser charakterisierte die Fähigkeiten und Leistungen der ins Zivilleben sich hineinrettenden Offiziere in abfälliger Weise. — Wegen dieses Artikels war vom Reichswehrminister i. V. Feldmann der Strafantrag gestellt. — Von den Verteidigern Rechtsanwalt K. K. und Oskar Cohn wurden Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Strafantrages angeregt, da gar nicht feststehe, ob Herr Feldmann berechtigt sei, selbständig „in Vertretung des Reichswehrministers“ einen solchen Strafantrag zu stellen. Das Gericht hielt es auch für notwendig, nach dieser Richtung zunächst genaue Ermittlungen anzustellen und vertagte aus diesem Grunde die Verhandlung.

Zu den Jugendweihen am kommenden Sonntag, den 18. September, in Charlottenburg, Leibniz-Oberrealschule, Schülerstraße 127, Lichtenberg, John-Nealsgymnasium, Martistr. 1/3, Reußlin, Hoppoldts Konzertsaal, Halenheide 32/33, Berlin, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, Rammersäle, Leltower Str. 1/3, sind Teilnehmerarten a 2 M., Kinderarten a 1 M. im Jugendsekretariat, SW. 63, Lindenstr. 3, sowie bei Joseph, NW. 21, Wilhelmshavener Str. 48 (33. Laden), Rüdiger, N. 58, Lydener Straße 127 III, Schröder, R. 55, Goldaper Str. 9, Arndt, Lichtenberg, Scandinavische Str. 2, Meyer, SO. 33, Raunigstr. 4, Kuus, SW. 61, Baruther Str. 16, Haß, SO. 36, Harzer Str. 117 IV, Zigarettengeschäft, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, zu haben.

Zu dem Oberlesierfest, der am Sonntag, den 18. September in Bernau stattfindet, wird uns mitgeteilt, daß auf dieser Veranstaltung Genosse Waplawski für die SPD. sprechen wird, so daß also der Besuch der Veranstaltung auch unseren Genossen empfohlen werden kann.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 16. September:

- 16. Kreis. Wohnung SPD-Altenheimstr. 7 1/2 Uhr im Rathaus Köpenick, Zimmer 4. Gemeinsame Sitzung sämtlicher sozialistischen Ortskomitees des Kreises. Tagesordnung: Die Notwendigkeit der Arbeitseingetragenen. Es folgen alle 11 Kreise.
- 17. Kreis. Elternrat 7 Uhr Sitzung bei Blum, Borghagener, Ede Reus, Bohnefeldstraße. Bildung einer Arbeitseingetragenen-Gruppe. 7 1/2 Uhr im der Gemeindefabrik Volkstheater Straße 3-4, Borghagener, — Gruppe Bernauer, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Prenzlauer, Borghagener, — Gruppe Panitzsch, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Kreis Straße 33 (hinten dem Finanzamt), Mitgliederversammlung. — Gruppe Hühnerstraße, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Albrechtstr. 14, Vortrag über „Die politische Lage“, Ref. Walter Spengler. — Gruppe Schönberg, 7 1/2 Uhr bei Riese, Köpenickstr. 14: „Revolutionäre Dichtungen“, Referent Wilhelm Hofe.

Morgen, Sonnabend, den 17. September:

- 9. Kreis. Wilmersdorf, 8 Uhr im Restaurant „Stadtpark“, Kaiser-Wies 2233, Sommerabschiedsball, verbunden mit humoristischen Vorträgen.
- 28. Wkt. Völlrich 7 1/2 Uhr treffen sich die Genossen des 60. (Seltens-) Bezirks zwecks Reorganisation bei Schäfer, Hindenburgstr. 1.

Jugendsozialisten! Verharmloset in der Satomer Heide am Sonntag, den 18. September, Restauration, Wieder zur Louie, Reinitzstraße um Treffpunkt von 6-8 1/2 Uhr an der Panzerstraße Heide. Fahrt bis Bahnhof Nischelsberg. Gäste willkommen.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

Jena, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) Zu Beginn der heutigen Sitzung beantragte Ulrich Berlin die genaue Rede des Franzosen Weerheim dem Verbandstag zur Kenntnis zu bringen, da die Ueberseherin (eine Kommunistin) wichtige Partien über die Zerlegung der französischen Gewerkschaften durch die kommunistischen Treiberinnen weggelassen habe. Der Verbandstag gab dem Antrag statt und bekam so

die Rede Meerheims

noch einmal — aber vollständig — zu hören. Für die Rechnungskommission erstattete hierauf Bernthaler Augsburg Bericht über den kommunistischen Antrag, für die Ruffenhilfe aus der Hauptkasse eine Mark pro Mitglied zu bewilligen. Der Vorstand habe in der Kommission den Standpunkt eingenommen, daß nach dem Verbandsstatut es nicht zu den Aufgaben des Verbandes gehöre, derartige Hilfeleistungen zu gewähren. Der Vorstand könne nicht über den Rahmen des Statuts hinaus. Er sei der Ansicht, daß die Sammlung des AOB. von den Mitgliedern tatkräftig unterstützt werden solle. Die Rechnungskommission habe sich dieser Auffassung des Vorstandes mit 8 gegen 1 Stimme angeschlossen. (Psi-Rufe bei den Kommunisten.) Sie empfiehlt der Generalversammlung das gleiche und den Ruf an alle Kollegen ergehen zu lassen.

die Sammlung des AOB. weitgehend zu unterstützen.

ParteiSekretär Walcher Berlin (SPD.) wandte sich gegen diesen Vorschlag der Rechnungskommission. Er sei kritisch von Animosität und Haß, den ein großer Teil der Anwesenden gegen die Somajregierung empfinde. (Lebhafte Widerspruch bei der Mehrheit. — Zustimmung bei der SPD.) Der Verband habe die Pflicht, hier helfend einzugreifen.

Zander (USP.): Wir haben festgestellt, daß in den Betrieben bei den Sammlungen für die Ruffen es ausgerechnet die Kollegen von der SPD. waren, die am wenigsten zeichneten. (Stürmisches „Sehr richtig!“ bei der Mehrheit. — Minutenlange Unruhe und

Widerspruch bei der SPD.) Dem Vorsitzenden Boedker fällt es schwer, Ruhe zu schaffen.

Zander (fortfahrend): Ich bin mir der Tragweite meiner Worte bewußt. Der Antrag ist nicht ohne Absicht eingebracht worden. Man will nach außen hin sagen, wir sind es gewesen, die für die Ruffen gesorgt haben.

Brandes-Stuttgart (vom Vorstand, rechtfertigt dessen Standpunkt). Nach dem Statut könne der Vorstand keine andere Haltung einnehmen. Man müsse berücksichtigen, welche Konsequenzen die Annahme des Antrages habe. Die Folge wäre, daß an die Lokalkassen die gleichen Anforderungen gestellt würden. Dabei stehen wir

vor großen wirtschaftlichen Kämpfen

und Zehntausende Kollegen sind im Streik. Wenn wir jetzt aus der Hauptkasse Gelder bewilligen, beeinträchtigen wir die freiwillige Sammlung.

Dhansmann-Dillingen (SPD.) erklärte, daß in seinem Bezirk, in dem die SPD. die Mehrheit habe, beschlossen worden sei, einen Tagesverdienst für die Ruffensammlung abzugeben. Wo die USP. über die SPD. die Mehrheit hätte, sei aber beschlossen worden, den Kollegen freizustellen, was sie geben wollen.

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion wird über den Antrag der Kommission

namentlich abgestimmt.

Die Abstimmung erfolgte wie im Reichstag durch „Ja“ und „Nein“-Larven, die den Namen der Delegierten tragen. Der Antrag der Kommission auf Ablehnung des kommunistischen Antrages wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das genaue Stimmenverhältnis steht noch aus.

Die Rechnungskommission machte dann Vorschläge über die Diätenfestsetzung. Es sollen 80 Mark pro Tag gewährt werden. Ueber diesen Vorschlag einigte sich der Verbandstag sehr schnell. Gegen 10 Stimmen wurde ihm zugestimmt.

Dann wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Es sprach zunächst die zweite Reihenfolge der Redner mit je dreiviertel Stunde Redezeit. Wie die geistigen Reden, bewegten sich auch die Ausführungen der heutigen Redner erst in einem allgemeinen politischen, parteipolitischen und wirtschaftlichen Rahmen. Auf das interne Verbandsleben wurde weniger eingegangen. Es war ein Ringen der drei Richtungen um ihre Ideen, wobei

die Ansicht der SPD-Redner

vielfach mit denen der USP.-Delegierten übereinstimmte. So fand besonders der erste SPD-Redner wieder lebhaften Beifall auch bei der USP., besonders als er gegen die Kommunisten sprach. Die USP.-Redner versuchten nachzuweisen, daß sie von den Kollegen der SPD. und der SPD. nicht viel trennt.

(Schluß des Berichts in der Abendausgabe.)

Aus aller Welt.

Eine schwere Kesselexplosion ereignete sich im Kesselhause der Zeche Dörfel von Hanfemant. Bis jetzt sind sieben Tote zu beklagen. Es wird angenommen, daß das Unglück durch Blöhen eines Dampfrohres entstanden ist.

Sturmwind in Köln. Das Telegraphenamt in Köln teilt mit: Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen nach allen Richtungen sind durch den gestrigen Sturm zum Teil zerstört. Der Verkehr ist erheblichen Verzögerungen unterworfen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Kolonien-Bund. Freitag, den 16. September, Ortsgruppe Berlin, 7 Uhr, Oberrealschule Kiedersdorferstraße 12, Vortrag des Genossen Rager über Gewerkschafts Kampf gegen den Kitzel. Gäste willkommen. — Arbeiter-Samaritaner-Kolonie, Berlin E. H. Sonnenberg, den 17. September, Besichtigung der Staatlichen Schmitt-Anstalt, Luisenstr. 2, verbunden mit Kitzelieren. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr Kreuz Tor. Kitzelierer treffen sich in der Staatlichen Kitzel-Anstalt.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Donnerstag, 15. September. Das St. Leger wurde, wie eigentlich zu erwarten war, eine sichere Etappe des mächtigen Fels-Sohnes Oflan, der König Wibas und dem einst für ein Wunderpferd gehaltenen Krenstein das Nachsehen gab.

- 1. Preis von Bärfeld, 24 000 M., 1200 Meter. 1. Nicolin (D. Schmidt), 2. Wäcker (Dane), 3. Elterhard (Polgar). Tot.: 38:10, 41:10, 19:10, 13:10. Ferner liefen: Wächter (4), Wöhl, Bärde, Gritte, Turmwort, Reiter, Clement, Werbl, Grabow, Ketz. — 2. Dalberg-Rennen, 24 000 M., 2000 Meter. 1. Horst (Kohn), 2. Eimil (Braun), 3. Lustig (Zachmeier). Tot.: 29:10, 31:10, 35:10, 17:10. Ferner liefen: Glückselig (4), Don Viniou, Blumenkönig, Soloppe. — 3. Preis von Witzfeld, 30 000 M., 1600 Meter. 1. Tammendörig (Larraz), 2. Feuerstrot (Kaiser), 3. Armenier (Zachmeier). Tot.: 41:10, 41:10, 16:10, 24:10. Ferner liefen: Heiligenroda (4), Kollständer, Lorenzo, Rosenfels erst, Hantstein, Kollat. — 4. Deutsches Saint Leger, 140 000 M., 2800 Meter. 1. Oflan (D. Schmidt), 2. König Wibas (Clujul), 3. Krenstein (D. Dane). Tot.: 13:10, 11:10, 16:10. Ferner liefen: Dnen (4), Gantenhäuser. — 5. Berliner Ausgleich, 24 000 M., 1600 Meter. 1. Jo (Rudwig), 2. Corregio (D. Schmidt), 3. Combatant (Clujul). Tot.: 47:10, 41:10, 20:10, 16:10. Ferner liefen: Carlo (4), Gratzkor, Ritterhorn, Rader. — 6. Sapidit-Rennen, 30 000 M., 1200 Meter. 1. Freigeit (Clujul), 2. Hölberg (B. Conrad), 3. Traulich (Larraz). Tot.: 21:10, 11:10, 37:10, 25:10. Ferner liefen: Königselig (4), Rauch, Benteuer, Paloma. — 7. Welt-Ausgleich, 30 000 M., 2400 Meter. 1. Oflan (Kaiser), 2. Wäcker (Zachmeier), 3. Prodder (R. Dreßig). Tot.: 59:10, 41:10, 17:10, 22:10. Ferner liefen: Panther (4), Järl Popoff, Anemona, Gydet, Rosmarin, Lorbak.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft Schönberg-Berlin, Bezirk Eichen, Männer-Abt. Fußball und Kugelsport. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Gestirne Fernbahnhof. — Mädchen-Abt. Turnfahrt nach den Remigiusbergen. Treffpunkt Sonntag 7 1/2 Uhr beim Rotbuser Tor. — Bezirk Eichen, Anachturnfahrt nach Finckenberg. Treffpunkt Sonntag 8 Uhr früh Schleißer Bahnhof. — Bezirk Reinickendorf, Freitag Turnwettbewerb und Vortragsabend, Ede Reus, Borghagener, — 44. Wäcker-Abt. Turnfahrt nach Griner, Altmarch Sonntag 6 1/2 Uhr früh Reuterplatz, Treffpunkt frei. — Bezirk Norden, 2A-Frauen-Abt. Sonntag 8 Uhr nachmittags Gemischtes Beisammensein bei John, Grountr. 61. — Bezirk Schönberg, Fußball-Abt. Wettspiel gegen Brandenburg 02 in Lichtenberg, Hauptstraße. — Berliner Arbeiter-Schachklub. Sämtliche Arbeiterschachspieler treffen sich am Sonntag, den 18. September, vormittags 10 Uhr, in einer Propagandaabendeinstellung in Bohndorf, Dohmsstraße, Restaurant Dietz. Der Vorsitzende des Berliner Schachvereins sowie der Bezirksführer des 1. Bezirks ist hiermit dazu eingeladen. — Wkt. Eichen spielt jeden Dienstag abend ab 7 Uhr im Lokal Altem, Witzfeldstr. 15, jeden Donnerstag bei Geisler, Waldemarstr. 21, und jeden Freitag bei Hoyer, Ede Reus, Unterstadt Köpenick. — Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“, Sonnabend abend 7 Uhr Kampionat nach Wannsee (Küsterhof), Kampionat am Start. Sonntag nachmittags 1 Uhr Wannsee (Küsterhof), Start Mariannenplatz.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 74. 1. Beim Amtsgericht Berlin-Wedding oder bei dem für Rühmen zuständigen Amtsgericht, 2. Der Chemiker kann ebenfalls die Ursubstanz erhalten. — Gest. Nr. 600. Altkonten sind nicht zu. Den Anfrager noch auf erwerben Sie auch nicht dadurch, daß Sie bis nach fehlenden Beiträgen noch nachträglich einrichten. — E. S. 74. Nach unserer Ansicht ja.

Weiter bis Sonnabend mittags. Zunächst Überwiegendes bewährt mit ohnmächtig fortwährendem Gewitterregen und Wühlung. Später aufblühend bei mäßigen, vorübergehend westlichen Winden.

DEGEASpar-Glühkörper 25 %

Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O.17

Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch Gas-Ersparnis

zentrale kannte. Es ergab sich weiter, daß bei den Dokumenten-
funden in Halle das Bestehen

einer illegalen Zeitsfreiwilligen-Organisation
unter Beihilfe amtlicher Reichswehrstellen entdeckt wurde,
die dann im Aufstand vom März noch eine besondere Rolle gespielt
hat. Das stellte sich bei einem weiteren Punkte heraus. Der
Regierungspräsident v. Gersdorff hatte als Zeuge über die
sächsische Schutzpolizei im allgemeinen und die holländische Schutz-
polizei im besonderen ein wegwerfendes Urteil gefällt,
das in den Kreisen der Schupo-beamteten größte Erregung
verursacht hat. In eindrucksvoller Weise trat Oberpräsident Hörning
für seine Beamten ein, die im Märzaufruf 50 Tote zu befehlen
hätten. Die Schuld an den Mißständen in Halle trifft allein
den früheren militärischen Kommandanten,
einen abligen Oberst, der unter Umgehung seines direkten Vorge-
setzten, des Polizeidirektors Bötz, trotz wiederholter gegenteiliger
Anweisung nur mit dem Regierungspräsidenten
v. Gersdorff verhandelt und sich

um den Polizeidirektor einfach nicht gekümmert
hat. Dieser Herr hat es auch fertiggebracht, anlässlich des mittel-
deutschen Aufstandes gegen ausdrückliches Verbot eine Zeitsfrei-
willigenabteilung aus Studenten und Offizieren aufzustellen. Die
Hundertkrohn, der diese angegliedert waren, hat sich

besonders durch Verfassungsverstöße und Uebergriffe
hervorgetan, gegen eine Anzahl Zeitsfreiwilliger Schwere Ver-
fahren, zwei sind bereits wegen Diebstahls bestraft. Erst
baraus hat sich Herr v. Gersdorff veranlaßt gesehen, die Ab-
berufung dieses Kommandanten zu beantragen. Unter dem
neuen Kommandanten geht alles gut und reibungslos.

Zum Schluß kam der sogenannte „Amnestieerlaß“ des Majors
Folke heran, auch hier völliger Hohn auf die Rechte.
Nicht nur bestieg sich wieder, daß Major Folke als Unterorgan des
Entwaffnungskommissars vollkommen rechtmäßig gehandelt
hat, als er für Ablieferung Straffreiheit nach dem Entwaffnungs-
gesetz ver sprach, sondern es stellte sich noch weiter heraus: Der
deutschnationale Regierungspräsident v. Gers-
dorff als Bezugsentwaffnungskommissar hatte Folke ursprünglich
nicht nur beauftragt, Straffreiheit für Waffenablieferung zuzusichern,
sondern sogar

hohe Belohnungen an die Ueberbringer
zu zahlen. Das Letztere ist nur durch die Intervention Hörnings,
der dienlich mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte, verhin-
dert worden. Das über vierstündige Verhör des Oberpräsidenten
bedeutete eine vollkommene Vernichtung der deutschnationalen
Anführer.

Sozialdemokratischer Wohlfahrtstag.

W. G. Börlig, den 15. September 1921.
(Telegraphischer Bericht.)

Den Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages in
Görlitz geht als erste Veranstaltung eine besondere Wohlfahrtst-
agung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt voraus, eine
Veranstaltung, wie sie in dieser Form zum erstenmal von der Partei
organisiert worden ist. Das Bedürfnis danach hat freilich schon lange
bestanden und das Interesse für die besonderen Fragen der Arbeiter-
wohlfahrt in der Partei muß sehr stark sein, denn zu der heutigen
Tagung hatten sich über 200 Delegierte und Gäste eingefunden, dar-
unter auch zahlreiche Vertreter von Behörden und Körperschaften
des öffentlichen Rechtes.

Der Saal des „Lloyd“, in dem die Tagung stattfindet, ist schlicht
mit Blumen geschmückt. Ueber der Bühne leuchtet in großen Buch-
staben Goethes Wort: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. Pünkt-
lich um 10 Uhr eröffnet die Vorsitzende des Hauptauschusses für
Arbeiterwohlfahrt, Genossin Marie Juchacz, die Tagung mit kurzen
Begrüßungsworten. Im Namen des Ortsauschusses heißt sie der
Landtagsabgeordnete Genosse Eberle-Görlitz willkommen. Er gibt
eine Uebersicht über die Wohlfahrtsausschüsse und Wohlfahrts-
einrichtungen der Stadt Görlitz und spricht seine Ueberzeugung aus,
daß nur das einheitliche Arbeiten aller Freunde des werktätigen Volkes
auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege den Wiederaufstieg aus dem
heutigen Dunkel zum Licht ermöglichen könne.

Ministerialrat Dr. Rahrstädt vom Reichsarbeitsministerium und
Frau Wilhelmine Köhler im Namen des Reichswirtschaftsministe-
riums geben den guten Wünschen der Reichsregierung für den Er-
folg der Tagung Ausdruck. Dr. Rahrstädt weist besonders auf
den wahnsinnigen Luxus hin, der sich namentlich in den Bodeorten
immer mehr breit mache, während in weiten Arbeiterschichten das
größte Elend herrsche. Hier sei es Aufgabe aller Wohlfahrts-
einrichtungen, in allen Volksgenossen das Gefühl der Verantwortlichkeit für
das Gedeihen des Volkes zu wecken und zu stärken. Auch Frau
Köhler betont die Notwendigkeit einer einheitlich arbeitenden
Wohlfahrtspflege, um die Volksgesundheit wieder herzustellen und
die Spuren der Blockade und des Krieges allmählich zu verwischen.

Im Namen der Stadt Görlitz bietet Medizinalrat Dr. Herford
als Vertreter des Magistrats und Stadtrat Lorge als Vertreter des
städtischen Wohlfahrtsamts das Willkommen: Die Wohlfahrtspflege
erfordere zwar in allen Städten große Mittel, sichere aber auf der
anderen Seite für die Zukunft große Ersparnisse.

Darauf hielt Frau Helene Simon-Schwein zum ersten Punkt
der Tagesordnung ein großangelegtes Referat über die

Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege.
Die moderne Wohlfahrtspflege wurzelt in der allmählichen Erkennung
der Pflege der Armen durch die Verhütung der Klassen-
armut unter Ausschaltung armenrechtlicher, strafrechtlicher und
polizeilicher Gesichtspunkte. Die moderne Wohlfahrtspflege erstrebe
die zur allgemeinen Gesundheit und Leistungsfähigkeit erforderliche
Lebenshaltung aller Volksgenossen. Sie sei ihrer Natur nach un-
politisch, wenn auch ihre Ausgestaltung und das Tempo der
Erfüllung von politischen Voraussetzungen abhängen. In die
Stelle der Frage nach Würdigkeit und Unwürdigkeit müsse die Frage
nach Heilbarkeit und Unheilbarkeit treten. Der Heilbare
sei zu heilen, der Unheilbare zu versorgen oder unschädlich zu machen.
Der Leistungslohn sei eine Förderung der Produktion und der Ge-
rechtigkeit. Die Wohlfahrtspflege habe einen Ausgleich für den Lei-
stungslohn je nach Alter, Familienstand und geminderter Leistungs-
fähigkeit zu schaffen. Die Wohlfahrtspflege im allgemeinen Sinne
umfasse die Summe der vorbeugenden, heilenden und versorgenden,
der gesundheitslichen, der mütterrechtlichen, der jugendrechtlichen, der
arbeiterrechtlichen und alterrechtlichen Maßnahmen, die erforderlich
wären, um die Gesamtheit des Volkes in gute körperliche, geistige
und sittliche Gesundheit zu bringen. Eine strenge Scheidung von
Volkswohlfahrtspflege und Sozialpolitik sei nicht möglich. Die all-
gemeine Aufgabe der Wohlfahrtspflege liege in der Bekämpfung der
Ursachen der Not und der Verhütung körperlicher, geistiger und sit-
tlicher Verelendung. Ursache der Armut seien

Arbeitsmangel und Arbeitsunfähigkeit.
Der Arbeitsmangel sei im wesentlichen ein Problem der Wirtschaft
und der Organisation der Arbeit. Grundlage zur Verhütung der
Arbeitslosigkeit sei das Gesundheitswesen. Die Mutterpflicht müsse
als wirtschaftliche Leistung bewertet werden. Die Jugendpflege sei
in der Form eines Unmündigkeitsgesetzes von der Geburt bis zur
Mündigkeit einheitlich zu regeln. Aufgabe der Wirtschaftsan-
gelegenheit bezüglich der Arbeitsbeschaffung sei es, die Arbeitslosigkeit auf
die Fälle einzuschränken, die gesellschaftlich unvermeidlich und per-
sönlich unvermeidbar wären. Für alle Arbeitsfähigen gelte als
Grundgesetz die Arbeitspflicht. Je nach der Ursache der Arbeits-
losigkeit müsse sie wohlfahrtspflegerisch behandelt werden. Arbeits-
unfähige ältere Leute seien angemessen zu versorgen. Die Wohl-
fahrtspflege könne zur Verbrechensverhütung mehr beitragen als die
Strafe. Die Durchführung der Wohlfahrtspflege habe zu geschehen
durch Versorgung und Fürsorge durch umgebende Hilfe am Aufent-



Heinrich Schulz, Heinrich Tillessen
Die Mörder Erzbergers.

Wir bringen heute die Bilder der noch immer geflüchten Mörder
Erzbergers. Wie wir erfahren, sollen die Bilder in den nächsten
Tagen überall plakatiert werden, um die Aufmerksamkeit der weite-
sten Kreise auf die deutschnationalen Verbrecher zu lenken.

Aus München verbreitet Wolffs Bureau heute folgende fest-
stimmte, sicher aus Polizeiquelle stammende Meldung:

Die Fahndung nach den Tätern, die Erzberger er-
mordeten, ist momentan zu einem Stillstand gekommen.
Neue Verhaftungen fanden nicht mehr statt. Es ist nur das eine
festgestellt (?), daß eine geschlossene Organisation für
politische Morde nicht besteht. Die Verhafteten sind von der
Brigade Ehrhardt her freunde und hatten des öfteren,
um die Freundschaft weiter zu pflegen, im Deutsch-
völkischen Schutz- und Trutzbund, dem sie angehörten,
Zusammenkünfte. Am Mittwoch traf ein Bruder des flüchti-
gen Tillessen hier ein, um sich der Staatsanwaltschaft zur Ver-
fügung zu stellen. Er wohnte in einem hiesigen Hotel und trug sich
auch mit seinem richtigen Namen ein. Das machte den Portier
stutzig, weshalb er die Polizei von dem angeblichen Hiesigen des
Tillessen, nach dem gefahndet wird, verständigte. Der Bruder des
Tillessen wurde nachts einer Kontrolle unterzogen, wobei sich
herausstellte, daß die Annahme des Portiers unrichtig war.

halsort, durch Familienfürsorge, durch Wohlfahrtskurse für Arbei-
terinnen und durch den Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege im
Sinne der Verhütung, Heilung und Versorgung.

Die Ausführungen der Rednerin fanden lebhaften Beifall.
Im Anschluß an ihre Referat sprach Bürgermeister Dr. Caspari
(Brandenburg) über die gesellschaftlichen Grundlagen und den
organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege.

Caspari bezeichnet als Wohlfahrtspflege die Summe aller Be-
strebungen, die dahin gehen, auf Grund rechtlicher Ansprüche durch
vorbeugende, heilende und versorgende Maßnahmen die Allgemei-
heit zu fördern. Durch die Förderung des Individuums schaffe und
fördere die Wohlfahrtspflege den Schutz der Allgemeinheit. Die
Wohlfahrtspflege dürfe sich nicht auf freiwillige Leistungen beschrän-
ken, sondern müsse sich durchgängig auf das Recht gründen. Es
gelte am Individuum zu arbeiten zum Segen der Gesellschaft. Bei
der Tuberkulose z. B. müsse neben dem Schutz für die Tuberkulösen
ein Schutz der Gesellschaft gegen den Tuberkulösen geschaffen werden;
gegebenenfalls müsse der Tuberkulöse auch gegen seinen Willen aus
seiner Umgebung entfernt werden. Man dürfe nicht den Gedanken
aufkommen lassen, als ob der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt
und seine Orts- und Bezirksauschüsse Wohlthätigkeitsver-
eine wären. Die Wohlfahrtspflege der Sozialdemokratie spreche
nicht aus dem Boden der landläufigen Charitäten. Der Altruismus
gehöre zum Begriff der Wohlfahrtspflege. Wir wären nicht So-
zialdemokraten, wenn wir nicht

Im Schutz der Schwachen ein Kulturelement
erblickten. Wir müssen es mit dem Worte halten, daß August
Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ geschrie-
ben hat: „Wer durch irgendeinen Umstand arbeitsunfähig ist, für
den ist die Gesellschaft einzutreten verpflichtet.“ So bedeutet auch
Wohlfahrtspflege im höheren Sinne Arbeitsschutz so solcher werden
zu lassen. Die bestehende Armenpflege, insbesondere das Gesetz über
den Unterstufungswohnort, lassen jedes fürsorgereiche Moment ver-
missen. Die Wohlfahrtspflege muß von Staats wegen zur Willen-
schaft erhoben werden. Jedoch müsse die Zersplitterung in der
Wissenschaft wie in der Praxis aufhören, da sie zu einer Verschwen-
dung von Mitteln führe. Bei allen Forderungen müsse man sich dar-
über klar sein, daß man sie nur durchsetzen könne, wenn man die
politische Macht habe. Wir müssen also kämpfen, um das Erreich-
bare durchzusetzen. Auch für vorbeugende und heilende Momente
muß der Rechtsboden gefunden werden. Man muß die vorhandenen
Kräfte und Möglichkeiten nützen, also vorbeugen, die geschädigten
Kräfte wieder herstellen und die völlig Arbeitsunfähigen versorgen.
Als Gebiete der Wohlfahrtspflege kommen in Betracht: das gesamte
Armenwesen, die Kriegsfolgenhilfe, die Jugend-
wohlfahrt, das Volksbildungswesen, das Gesund-
heitswesen. Zu den gesellschaftlichen Grundlagen der Wohlfahrts-
pflege gehören neben dem großen Komplex des bürgerlichen Rechts,
insbesondere des Familienrechts, das Unterstufungswohnen, das Frei-
willigenleistungsgesetz, das Militärversorgungsgesetz, die Erwerbslosenfür-
sorge, das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, die
Krippelfürsorge, das Kinderschutzgesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz
usw. Leider hat der bürgerliche Block im Reichstagsaufruf die ur-
sprüngliche Fassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wesentlich ver-
schlechtert. Bedauerlicherweise hat man bisher veräußert, ein Reichs-
wohlfahrtsministerium zu schaffen. Bei den kommunalen Wohl-
fahrtsämtern ist durch die Initiative und den Einfluß der Sozial-
demokratie schon viel erreicht worden. Zur Deckung der Kosten der
Wohlfahrtspflege ist es notwendig, daß die Reichsregierung durch
vernünftige Steuergesetze die Möglichkeit gibt, den Luxus und das
Schlemmerleben zu erfassen. Bei solchen Maßnahmen wird die Ar-
beitererschaft sich geschloßen hinter der Regierung finden. Die Gewerk-
schaften müssen, wie sie in letzter Zeit für Rußland eingetreten sind,
auch für Deutschland eintreten und praktischen Sozialismus treiben.
Die Sozialdemokratie ist berufen, Menschen im Dienst der Wohl-
fahrtspflege heranzubilden. (Beifall.)

Die Diskussion
über die beiden Referate findet gemeinsam statt.
Henny Lehmann hält es für bedenklich, daß der Entwurf des
Verwahrungsgesetzes den Armenbehörden das Recht zuteilt,
Anträge auf Verwahrung zu stellen. Dieses Recht werde allzu
leicht unbedenklichen Personen gegenüber angewandt werden. Hin-
gegen fehle eine Sonderbestimmung bezüglich der gemeingefährlichen
Trinker.
Bürgermeister Klees (Wahrsleben) befragt gegenüber Frau
Simon, daß es Aufgabe der Wohlfahrtspflege sein könne, die Klassen-
armut zu überwinden. Das sei Aufgabe der sozialistischen Bewe-
gung. Die Wohlfahrtspflege könne nur in den einzelnen Fällen ein-
greifen, in denen sozialpolitische Maßnahmen noch nicht ergriffen
seien. Notwendig sei die einheitliche Organisation der Wohlfahrts-
pflege im ganzen Reich.
Als Vertreterin der organisierten Witwen und Waisen Deutsch-
lands erhebt Frau Lüneburg Einspruch dagegen, daß diese bisher
noch immer der Armenpflege unterstehen.

Erst Schulze vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund
weist die Angriffe des Referenten Dr. Caspari auf die Gewerkschaften
zurück. Der Gewerkschaftsbund habe nicht nur den hungernden
Russen geholfen, sondern auch für die Rotleidenden in Deutschland
schon vorher alles getan, was in seinen Kräften stand.

Schwester Lotte Möller (Hörde) betont die Notwendigkeit der
Aufklärung innerhalb der eigenen Partei, besonders in der Behand-
lung der unehelichen Mütter.

Frau Schröder (Altona) bringt eine Entschlieung ein, welche
die Weiterbeschäftigung der weiblichen Beamten und Reichsange-
stellten fordert, die Mütter werden. Gerade durch die Arbeit könnten
diese Frauen vor großem Unglück bewahrt werden. (Beifall.)

Landtagsabgeordnete Frau Ege (Frankfurt a. M.) bittet um die
Mitwirkung der gesamten Wohlfahrtspflege beim Kampfe um das
Hebammengesetz und die Krippelfürsorge.

Stadtrat Mohs (Berlin) klagt über Bürokratismus und un-
nütze Schreibarbeit in der Wohlfahrtspflege und empfiehlt Spar-
samkeit beim Aufbau der Organisation.

Schindler (Stuttgart) spricht sein Bedauern über die Bestimmung
im Jugendwohlfahrtsgesetz aus, wonach bei der Wohlfahrtspflege in
Anstalten und in der Familie das Glaubensbekenntnis zu berück-
sichtigen sei.

Hark (Königsberg): Wir Frauen sollten in der Wohlfahrtspflege
tätig mitwirken. Das Theoretisieren können wir den Männern über-
lassen.

Frau Dolleschel (München) fordert schnelle Schaffung des
Reichswohlfahrts- und Reichsjugendgesetzes.

Hente-Görlich fordert eine alkoholgegnerische Gesetzgebung.
Franz (Chemnitz): Die Gewerkschaften werden jede Durch-
brechung des Achtstundentages entschieden bekämpfen.

Hilbau (Werdau): Die Kirche fängt mit der Wohlfahrtspflege die
Arbeiter ein. Wir brauchen praktische Wohlfahrtsarbeit.

Frau Wachenheim (Berlin): Die Mittel für die Wohlfahrtspflege
aufzubringen ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, sondern Pflicht
des Staates und der Besitzenden. Die freie Wohlfahrtspflege muß
abgebaut und die gesetzlich gesicherte Wohlfahrtspflege geschaffen
werden.

Wohlwärtige Rednerinnen betonen den hohen Wert der Quater-
speisung. Sämtliche vorliegende Anträge werden dem Resolutions-
auschuß überwiesen.

Watter berichtet.

General von Watter, mit dessen Verhalten während der Kapp-
Wochen wir uns in letzter Zeit wieder beschäftigen mußten, sendet
uns heute folgende Berichtigung:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie auf, fol-
gende Berichtigung Ihres Artikels in der Sonntagsausgabe vom
28. August 1921 mit der Ueberschrift: „Ist er dumm oder tut er nur
so?“ zu bringen:

1. Es ist unrichtig, daß ich in Karlsruhe an einer Verschwö-
rung, die einen rechtsbolschewistischen Charakter hatte, teil-
genommen habe.

2. Es ist unrichtig, daß ich unter Eid- und Verfassungsbruch als
Kommandeur der Reichswehrdivision in Münster am Kapp-Putsch
mitgewirkt habe.

Die endgültige Klarstellung wird das inzwischen von mir ein-
geleitete Gerichtsverfahren ergeben.

Hochachtungsvoll

Fhr. von Watter, Generalkonstant a. D.

Wir geben der Berichtigung aus geschlichen Gründen
Raum, sehen im übrigen aber der gerichtlichen Klarstellung mit
ruhigem Interesse entgegen, wie wir das auch schon den Anwälten
des Herrn Generals vor Eingang dieser Berichtigung geschrieben
haben.

Auslandrundschau.

In der gestrigen Sitzung der Völkerverbändeversammlung
wurde unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit über die bol-
tanianisch-hilensische Streitfrage gesprochen, die einem
Rechtsauschuß zur Berichterstattung überwiesen wurde. Etwas
mehr Interesse begegnete sodann die Erwähnung des Wina-
Konfliktes durch Lord Robert Cecil. Berichterstatter Hyman bot
um nach einige Geduld. Der Norweger Lange wandte sich
lebhaft gegen die Untätigkeit des Völkerverbundes in der Ab-
rüstungsfrage, die einer permanenten Kommission von Mi-
litärs überlassen werde, in der nicht der Völkerverbund, sondern
der militärische Geist zum Ausdruck kommen müsse. Der
Vertreter Griechenlands, Fragulis, hielt unter großem Beifall
eine Rede über die allgemeinen Probleme des Völkerverbundes
über die Orientfrage; er verlangte eine möglichst große Er-
weiterung des Völkerverbundes. — Die Kommission für die Auf-
nahmegesuche beschloß, die Aufnahme von Lettland und Li-
tauens zu empfehlen.

Einem südamerikanischen Journalisten gegenüber erklärte
Caillaux in einer Unterredung, daß der angebliche Friede-
nsvertrag von Versailles in Wirklichkeit für die Welt wirt-
schaftlich ein Krieg bringe. Der Versailler Vertrag erscheine
ihm viel eher als ein mittelalterlicher Waffenstillstand.

De Valera erklärte in seiner Antwort an Lloyd George,
er sei bereit, in eine Bepfropfung mit ihm einzutreten, aber nur
als Vertreter eines souveränen Staates.

Irland wolle die Regierung mit Zustimmung der
Regierern, so wie sie von den einfachen Männern und Frauen
der Welt verstanden wurde, als Lloyd George am 15. Januar 1918
in einer Rede seine Zustimmung zu den Wilsonschen Grundgeden
zum Ausdruck brachte.

Oesterreichischerseits werden neue Ueberfälle durch
ungarische Banden gemeldet, ebenso an gefangenen Wehr-
männern begangene Greuelthaten.

Die Not der Zeitungen.

An unsere Leser!

Unsere Lesern sind die Kämpfe bekannt, die das deutsche Zeitungs-
gewerbe fortgesetzt in der Papierpreissfrage, der Anzeigensteuerfrage,
der Abtarifffrage usw. zu führen hat, um sich die Existenz-
möglichkeit zu erhalten.

Die allgemeine Teuerung, die sich augenblicklich wieder auf
ansteigender Kurve bewegt, ist auch nicht spurlos an dem Zeitungs-
gewerbe vorübergegangen.

Eine kurze Uebersicht über die Verteuerung der Herstellung-
kosten der Zeitungen möge unseren Lesern das Verständnis dafür
näherbringen. So kosten

	vor dem Kriege	gegenwärtig
Druckpapier	100 kg 21,— M.	348,— M.
Druckfarbe	100 „ 45,— „	750,— „
Stereotypmetall	100 „ 42,— „	700,— „
Maschinenöl	100 „ 80,— „	1000,— „

Außerdem wird das Gewerbe durch die immer weiter steigenden
Gehälter und Löhne für die Angestellten und Arbeiter und durch die
Ausgaben für den Redaktions- und Geschäftsbetrieb bis zur Grenze
des Erträglichsten belastet.

Aus allen diesen Ursachen heraus sieht sich die unterzeichnete
Vereinigung gezwungen, vom 1. Oktober 1921 ab, eine Erhöhung
der Abonnementspreise eintreten zu lassen. Sie verbindet damit
die Hoffnung, daß die Leser auch weiterhin, in Anerkennung der
zwingenden Notwendigkeit dieser Maßnahme, ihren Wätern die
Treue halten werden.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungverleger G. V.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Rußlandhilfe!

Die kommunistische Partei sowie die „Rote Fahne“ bringen tagtäglich neue Aufrufe sowie Polemiken über die Einheitslichkeit der Rußlandhilfe. Die Arbeiterschaft ist dadurch vielfach verwirrt worden. Nach allem scheint es der KPD, nicht so sehr auf die Hilfe für Rußland anzukommen als darauf, ihre parteiorganisatorischen Ziele zu verfolgen. Täglich erscheint ein „Bulletin“ des sogenannten „Auslandskomitees zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“ unter der Leitung von Willi Münzenberg. Unseres Dafürhaltens wird auf diese Weise recht viel Geld, das für die Hungernden notwendiger gebraucht wird, vergeudet. In dem Artikel im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ vom 18. August haben wir bereits die Unterlagen zu einer einheitslichen Sammlung in Berlin der Öffentlichkeit mitgeteilt, worauf bisher weder die KPD, noch die „Rote Fahne“ geantwortet haben. Die KPD geht jedoch in den Betrieben an eine Untergrabung unserer Hilfsaktion heran, indem sie die Unwahrheit verbreitet, sie habe eine Kontrollkommission, bestehend aus den Vertretern aller drei Parteien zur Ueberwachung der Gelder bei den Gewerkschaften verlangt. Wir verweisen auf die zwei Schreiben, die bereits in dem oben angeführten Artikel veröffentlicht wurden und klar erkennen lassen, daß von einer Kontrollkommission gar keine Rede war. — Auf unser Schreiben vom 6. August an die KPD, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, zu Händen des Herrn Friesland, das die Formulierung eines mit letzterem geführten Telefongesprächs enthält, bekamen wir am 9. August folgende Beantwortung:

Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 6. August mit der Wiedergabe eines Telefongesprächs zwischen Ihnen und dem Genossen Friesland sowie den Empfang der Abschrift eines Schreibens an die russische Gesandtschaft, zu Händen des Herrn Jannow. Wir bestätigen noch einmal, daß wir die Sammlungen auf die Sammellisten der Berliner Gewerkschaftskommission in jeder Weise unterstützen werden, daß wir uns aber für sonstige Hilfsarbeiten freie Hand vorbehalten.

Die Gewerkschaften sind bekanntlich aus Mitgliedern aller drei Parteirichtungen zusammengesetzt. Die Gewerkschaften müssen es von vornherein absehen, daß sie in der Behandlung ihrer Aufgaben besonders kontrolliert werden, da ihr Finanzgebaren bis zur heutigen Stunde von aller Welt als einwandfrei anerkannt wird. Der A.D.G.B. sowie die Gewerkschaftskommission haben hierfür die Revisoren, die in ihrer Plenarversammlung ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung gewählt werden. In der Plenarversammlung arbeiten Kommunisten, SPD. und USPD. gemeinschaftlich. Die Revisoren sind auch die Ueberwachung der Rußlandhelfer anvertraut.

In den letzten Tagen machen besondere Notizen in der Presse die Runde, wonach wir Bedingungen an unsere Sammelstätigkeit gestellt hätten. Unter anderem hat sich besonders der Kollege Ziska vom Deutschen Metallarbeiterverband gegen diese Unterstellungen zu wehren. Wir wollen allerdings Sicherheiten dafür schaffen, daß die gesammelten Beträge auch wirklich den Leidenden in Rußland zugeführt werden. Die Auflösung des allrussischen Hilfskomitees zumal veranlaßt zu Bedenkslichkeiten. Auch kann es die deutsche Arbeiterschaft nicht verstehen, wenn jetzt, wo alles auf die Hilfe für Rußland eingestellt wird, Rußland immer noch zur Unterstützung kommunistischer Bestrebungen Summen ins Ausland wirft und speziell nach Deutschland, die unter Umständen viel höher sind als die unter größten Anstrengungen in Deutschland aufgebrauchten Sammelgelder. Wir wissen nicht, ob das verbreitete Gerücht den Tatsachen entspricht, daß in der letzten Zeit Rußland wiederum etliche Millionen der deutschen kommunistischen Partei zur Verfügung

gestellt hat. Um aber vollständige Klarheit bezüglich der Bedingungen zu schaffen, ist es notwendig, folgenden Brief, den wir am 6. August, also vor der Veröffentlichung unseres Aufrufes, an die russische Gesandtschaft, zu Händen des Herrn Jannow, richteten, zur Kenntnis zu bringen:

„Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen, die die Herren Emil Barth und E. Guillard inoffiziell mit Ihnen hatten, teilen wir mit, daß wir die Sammlung für die Rußlandhilfe von uns aus in die Wege leiten und daß wir daran irgendwelche Bedingungen nicht knüpfen, jedoch erwarten, daß Ihre Regierung, sowie die kommunistische Internationale, insbesondere deren Sektion Deutschland und die Rote Gewerkschafts-Internationale Moskau, den persönlich gefälligen Kampf gegen die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale während dieser Sammelstätigkeit hintanstellt, um den Erfolg der Sammlung nicht zu beeinträchtigen.“

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir auch der kommunistischen Partei, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, zur Kenntnisnahme überandt. Mit dieser Darstellung dürfte wohl das ganze Nachwerk der KPD. und „Rote Fahne“ klar gestellt sein. Die Arbeiterschaft wird daraus die Konsequenzen ziehen und sich nur an der Sammlung der Gewerkschaftskommission und des A.D.G.B. beteiligen. Dieses finden wir ja auch bereits ausgedrückt in den uns zulleihenden Mitteln bei Gegenüberstellung der Summen, die die „Rote Fahne“ veröffentlicht hat.

Wir fordern die gesamten Beamten, Angestellten und Arbeiter auf, in der Sammlung nicht zu erlahmen, damit das große Werk nicht leidet.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. C. Bollmershaus.

Anmerkung der Redaktion:
Aus einer Reihe von Betrieben sind uns Entschuldigungen zugegangen, die deutlich die kommunistische Miniarbeit gegen die Sammlungen der Gewerkschaftskommission und der A.D.G.B. erkennen lassen und deren Veröffentlichung wir deshalb ablehnten. Unter dem Stichwort der „Einheitslichkeit“ der Sammlungen soll die bestehende Einheitslichkeit zerrissen werden.

Die „Rote Fahne“ gibt jetzt das Stichwort aus: „Für reißlose, bedingungslose Abführung der gesammelten Spenden.“ Dienstag abend brachte sie die von uns abgelehnte Entschuldung einer Betriebsversammlung der Herrenmüllerscheider der Firma Hotters. Diese Entschuldung war uns am Montag abend persönlich überbracht worden. Dem Ueberbringer suchten wir klar zu machen, daß dieses Schreiben gegen die Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftskommission und der A.D.G.B. verstoße und deshalb kein Gewerkschaftsgegenstand, unbeschadet seiner Parteizugehörigkeit sich dazu mißbrauchen lassen dürfe, der kommunistischen Quertreiberei Vorhub zu leisten.

In der „Roten Fahne“ ist unsere Begründung dahin veröffentlicht worden, als seien wir gegen eine Kontrollinstanz aus Vertretern aller politischen Parteien. Das soll heißen, als billigten wir die Kontrolle bestimmter Parteien, außer den Kommunisten, während wir durchaus den Standpunkt vertreten, daß keine politische Partei zu kontrollieren hat, da die gewerkschaftlichen Ortsausschüsse der Berliner Arbeiter und Angestellten für die nötige Kontrolle selber sorgen.

Vom Streik in der Filmindustrie.

In der Versammlung der Streikenden am Donnerstag im Gewerkschaftshaus wurde berichtet, daß, ähnlich wie im Dania-Berleib, auch der Direktor Müller von der Contax-Filmgesellschaft, Leipziger Straße 73, die Streikposten mit einem Schießseifen bedroht hat. Die Streikleitung hat die nötigen Schritte unternommen, um solchen groben Unfug zu verhüten. Ausschreitungen irgendwelcher Art sind nicht vorgekommen. Auch das gespannte Verhältnis zu den Sicherheitsbeamten hat sich gebessert. Zu Sonnabend werden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium erwartet.

Die Sperre über das Biograph-Theater, Königstraße 8, ist aufgehoben, nachdem Herr Joch, Vorstandsmitglied des Vereins der Theaterbesitzer, den Tarif anerkannt hat.

Lohnforderungen der Zeitungsboten.

In einer Versammlung der Zeitungsbausträger und -austrägerinnen wurde über einen neuen Lohnarif verhandelt. Der Tarifentwurf ist von den hierzu gewählten Vertrauenspersonen unter Mitwirkung des Transportarbeiterverbandes aufgestellt worden. Er sieht folgende Forderungen vor:

Für einmaliges Austragen von täglich 100 Zeitungen 100 M. anstatt 75 M. und für zweimaliges Austragen 250 M. anstatt 146 M. monatlich. Die bisherige Teuerungszulage soll bestehen bleiben und für das Austragen an Sonntagen eine Extraentschädigung von 8 M. monatlich gezahlt werden. Die bisherigen Vereinbarungen über Wertepeld sollen auf die Abendausgaben ausgedehnt werden. Zu- und Abgang von Wochenabonnenten sollen nach bezogenen Wochen monatlich berechnet werden.

In der Zeit vom 15. September bis 15. März ist den Austrägerinnen für den Verbrauch von Petroleum eine Geldentschädigung zu zahlen wie in den Wintermonaten des Vorjahres. Der Tarifvertrag soll ab 1. Oktober bis 30. Dezember 1921 gelten.

Für den Fall einer wesentlichen Veränderung der Lebensunterhaltskosten behalten sich die Vertragsschließenden vor, in Verhandlungen über neue Lohnfestsetzungen einzutreten.

Nachdem die Vorsitzende Fräulein Philipp und zwei Vertreter der Ortsverwaltung den neuen Entwurf erläutert hatten, wurde derselbe einstimmig angenommen. Zum Schluß wurden neun Frauen in die Lohnkommission gewählt.

Im Postamt Berlin hat sich eine Betriebsversammlung erneut mit der unrechtmäßigen Versetzung des 1. Obmanns Wilhelm Hoffmann beschäftigt und in einer Entschuldung gefordert, daß die Postbeamtenorganisationen mit der Beamtenvertretung alsbald diese Frage, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Beamtenräte geworden ist, zum Abschluß bringen möchten. Der Obmann, Postsekretär Wilhelm Hoffmann, ist von seinen Wählern aufgefördert worden, das in ihn gesetzte Vertrauen zu erfüllen und seine Dienstgeschäfte als Obmann im Beamtenausschuh des Postpatentamts wieder aufzunehmen.

Der Streik der Gasarbeiter in Nowawes beigelegt. Nach zweieinhalbtägigem Streik sind die Differenzen in den Gaswerken Nowawes und Bornim beigelegt worden. Die Arbeiter haben eine Zulage von 1,30 M. pro Stunde und außerdem Vergünstigungen in der Arbeitszeit erhalten. Der Betrieb ist wieder aufgenommen worden.

Holzarbeiter! Unsere Einseherkollegen, die auf Bauten arbeiten, ist dieses nur mit Berechtigungskarte gestattet. Arbeiten aus bestrittenen Betrieben dürfen nicht ausgeführt werden.

Die Streikleitung.

Transportarbeiter-Verband, Branche Einzelhandel. Freitag 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angelufer 24 (großer Saal), Versammlung. Stellungnahme zum Abschluß des neuen Lohnarifs.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Gode, Berlin. Verlag: Hermann-Berling & Co., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Druckerei u. Verlagshaus, Postfach 4, Berlin. Einzelne 2. Preis 1. Blatt.

Zarte weiße Haut, reiner Teint und Jugendfrische sind das stets sichere Ergebnis des täglichen Gebrauchs der **Myrrholin-Seife**. Seit Jahren glänzend bewährten.

Stoffe f. Herren- u. Damenbekleidung
Beste Fabrikate, grosse Auswahl
Verkauft meterweise
Koch & Seeland, G.m.b.H. Gertraudensir. 20/21
Geogr. 1895

Millionen

dieser Bons haben wir in ganz kurzer Zeit verausgabt!

Wir
geben auf viele unserer Waren
Bons und kaufen Sie gegen
Rückgabe derselben
Butter oder Schmalz billiger
als zu den üblichen Tagespreisen.
Bei Rückgabe von **20** Bons kaufen
Sie **1^{tes}** Butter oder Schmalz billiger.
Bei Rückgabe von **10** Bons kaufen
Sie **1/2^{tes}** Butter oder Schmalz billiger.
Bei Rückgabe von **5** Bons kaufen
Sie **1/4^{tes}** Butter oder Schmalz billiger.



Sie
erhalten beim Einkauf von
Kaffee
auf 1/4^{tes} Allerfeinsten... 2,50 1/4^{tes} Bons
• 1/4^{tes} Hochfeinen... 6,50 3^{tes} „
• 1/4^{tes} Extrafeinen... 6,50 2^{tes} „
• 1/4^{tes} Prima... 5,50 1^{tes} „
Margarine
auf 1/2^{tes} Allerfeinste... 8,25 1/4^{tes} Bons
• 1/2^{tes} Hochfeine... 2,25 3^{tes} „
• 1/2^{tes} Extrafeine... 6,25 2^{tes} „
• 1/2^{tes} Prima... 5,50 1^{tes} „

Die Bonanzahl für andere Waren sind in unseren 146 Filialen bekannt gegeben.
Loreley Assmann Union Reichelt Ladewig